

Bezugspreis:
Sommer 30. Sept. - 4. Okt. 28 Millionen M.
nordwärts jährl. Unter Kreuzband vom
30. Sept. - 4. Okt. für Deutschland,
Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie
Dahlemburg u. Pommern 41 000 000 M.,
für das übrige Ausland 32 000 000 M.
Vollbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Sonnenschein“ und der
Beilage „Bildung und Knechtchen“
erscheint wochentäglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 29. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diskontogesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:
Die einspaltige Nonpareilzeile
400 Mark. Nonpareilzeile 2000 Mark.
„Kleine Anzeigen“ das fertige
Wort 120 M. (zuletzt zwei
gebrachte Worte), jedes weitere Wort
60 M. Stellengeld das erste Wort
60 M., jedes weitere Wort 50 M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familienanzeigen
für Abonnenten halbe Zeile 40 M.
Alle Grundpreise mit Schlüsselgeld
zurzeit 50 000.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauspostamt, Berlin SW 68, Linden-
straße, abgegeben werden. Gestrichet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Steuerprogramm der Gewerkschaften.

Die Steuerkommission des Allgemeinen Deutschen
Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestellten-
bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat
dem Reichsfinanzministerium am 18. September
Richtlinien und Vorschläge vorgelegt. Sie sind ein
Versuch, die Grundlage für eine allgemeine Finanzreform zu
schaffen.

Die Schaffung einer wirklichen Goldwährung
ist selbstverständlich auch nach ihrer Ansicht die Vorbedingung, um
den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, die Wirtschaft ge-
sunder zu gestalten und die Kaufkraft der Löhne und Gehälter wieder-
herzustellen.

Ohne einen Eingriff in die Substanz der Wirtschaft ist an
eine Gesundung der Finanzen nicht zu denken.

Die Steuerkommission fordert daher die
unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen
der Volkswirtschaft
und am sonstigen Besitz.

Die von der Steuerkommission entworfenen „Beiträge für einen
Gesamtwurf betreffend die unmittelbare Beteiligung des Reiches an
den Erträgen der Volkswirtschaft“ bieten dem Staat rechtliche Hand-
haben, auf den Gang der Produktion unmittelbar einzuwirken und
machen ihn zum Mitbesitzer der Wirtschaft. Sie geben ein fest
umfriebenes Programm für die Erfassung der Sachwerte.

Alle Körperschaften, die auf Grund des Körperschaftsteuer-
gesetzes (8. April 1922) der Körperschaftsteuer unterliegen, sollen bis
zum 1. Oktober 1923 ihre Kapitalanteile um ein Drittel erhöhen.
Dieses Drittel ist dem Reich abzutreten. Von jeder
weiteren Erhöhung ist der vierte Teil an das Reich zu über-
tragen. Der Einfluß des Reiches soll einem Viertel der Beteiligungen
unter Berücksichtigung aller Vorzugsrechte ent-
sprechen.

Für alle Unternehmungen in Handel, Verkehr und Gewerbe mit
über 100 Arbeitnehmern oder einem Anlagekapital von mehr als
einer Million soll durch Reichsgesetz

die Pflicht der Körperschaftsbildung

durchgeführt werden. Die anderen Betriebe müssen durch eine
Reichsgewerbesteuer in Höhe von einem Viertel des
Reinertrages erfasst werden.

Auf inländisches Vermögen an Grundbesitz, soweit es eine be-
stimmte Grenze übersteigt, soll zugunsten des Reiches an
erster Stelle eine Grundschuld in Höhe eines
Viertels des von dem abgabepflichtigen Eigen-
tümer angegebenen Wertes eingetragen werden. Den
Wert hat der abgabepflichtige Eigentümer auf Grund eigener Ein-
schätzung bis zum 1. Oktober 1923 dem Finanzamt mitzuteilen. Das
Reich übernimmt auch ein Viertel der hypothekarischen
Lasten, muß aber vor Verlusten durch Festsetzung einer
Höchstgrenze gesichert werden.

Der Zinsfuß der Grundschuld wird alljährlich vor dem
1. Oktober unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark
durch Gesetz festgestellt.

Das Reich erhält das Recht, die bezeichneten Immobilien zu
dem von dem Besitzer angegebenen Betrag abzüglich
der Grundschuld, d. h. des ohnehin auf das Reich übertragenen Besitz-
anteils und zuzüglich eines Zuschlages von 20 Proz. zu übernehmen.
Im ersten Jahr ohne Warnung, in den folgenden neun Jahren nur
nach Weigerung des Besitzers seine Schätzung um mindestens 20 Proz.
zu erhöhen.

Für die unter Zwangswirtschaft stehenden Miethäuser be-
darf die Erhebung der Zinsen für die Grundschuld einer be-
sonderen gesetzlichen Regelung.

Abgabefrei sind nur die Länder, die Gemeinden, öffentlich-recht-
liche Berufsvertretungen und wirtschaftliche Verbände öffentlich-recht-
lichen Charakters, die Anstalten der reichsgesetzlichen Versicherung,
Hochschulen, Stiftungen von allgemeinem, gemeinnützigem Charakter,
politische Parteien und Vereine.

Für die Ruhr-Amnestie.

Paris, 28. September. (WIB.) Der Gewerkschaftskongress der
Bergarbeiter, der seit gestern in Paris tagt, hat heute die Aussprache
über den Tätigkeitsbericht begonnen. Der Generalsekretär des Allge-
meinen Arbeiterverbandes (G.A.) Jouhaux erklärte, es sei nötig,
daß die internationalen Arbeiterorganisationen von der französischen
und belgischen Regierung die vollkommene Amnestie der
aus dem Ruhrgebiet ausgewiesenen deutschen Arbeiter ver-
langten. Jouhaux erwartet, daß alle Arbeiter, namentlich die Berg-
arbeiter aus dem Norden Frankreichs und aus dem Pas-de-Calais,
an der Kundgebung am 1. November zugunsten des Friedens teil-
nehmen.

Wie sehr es auf ein erfolgreiches Eingreifen aller friedens-
willigen Franzosen ankommt, zeigt ein Artikel des Pariser
„Temps“, der die geplante Entsendung des deutschen Abwärtungs-
kommissars, Ministers Dr. Fuchs, in das Ruhrgebiet einen un-
erträglichen Einmischungsversuch nennt, der zugleich
gegen die Rechte der Rheinlandkommission und des militärischen

Eine Neuregelung des Reichserbrechtes

ist unbedingt erforderlich. Das Erbrecht der Verwandten der dritten
und folgenden Ordnung soll aufgehoben werden. Das Erbrecht der
Verwandten erster und zweiter Ordnung ist zu beschränken auf
100 000 Goldmark der Erbmasse. Von dieser Summe an muß der
Erbe dem Reich ein entsprechendes Miteigentum an der noch ver-
bleibenden Nachlassmasse einräumen.

Neben dem Reichserbrecht bleibt die Reichserbschafts-
steuer nach wie vor bestehen.

Was die Steuern angeht, so muß versucht werden, den
Folgen der Wertentwertung auf die Steuererträge dadurch zu be-
ggnen, daß das Prinzip rasch auswechslbarer
Einzelparagraphen der Steuergesetze bewußt
und systematisch durchgebildet wird.

Vor allem aber muß über das jetzige Maß hinaus die ge-
samte Steuergesetzgebung auf die Erfassung an
der Quelle umgebaut werden.

Insondere ist notwendig, daß die Ertragsbesteuerung der
Landwirtschaft gründlich zeitgemäß reorganisiert wird. Die Steuer-
kommission schlägt daher vor, die Grundsteuer zu einem allgemeinen
Regulator der Bodenbesitzverteilung dadurch auszugestalten, daß man
diese Steuer mit der Größe und Fruchtbarkeit des
Bodens ansteigen läßt. Die progressive Grundsteuer wird Land
an den Markt bringen und eine Bewegung des Bodens
zum tüchtigsten Wirt hin auslösen. Sie wird infolge des
durch sie bewirkten erhöhten Angebots von Land zur Senkung der
Bodenpreise beitragen und das Verhältnis von Bodenpreis und Er-
tragsmöglichkeit gesunder gestalten.

Voraussetzung für den gerechten Aufbau der Steuerföge bei
dieser Steuer ist eine neue Grundsteuerbonitierung, die
dringend gefordert werden muß. Die Grundlage dieser Steuer muß
die Selbst einschätzung sein.

Bei der quellenmäßigen Besteuerung des Verbrauchs muß der
über den Normalbedarf hinausgehende Luxus und nicht der lebens-
notwendige Massenkonsum an erster Stelle belastet werden.
Bei der Besteuerung von Massenkonsumartikeln ist außerdem zu
untersuchen, ob nicht das kaufmännische, im Staatsinteresse geleitete
Monopol einer komplizierten Steuererhebung vorzuziehen ist.

Eine wesentliche Forderung der vorgeschlagenen Steuerreform
ist die

Automatisierung des Steuereingangs.

Bei kleinen und kleineren Steuerpflichtigen müssen die Ver-
anlagungen wegsfallen. Die Ablieferung von kleineren und
Einzelparagraphen muß durch Marken, von großen Steuerbeträgen
(Sohnsteuer in großen Betrieben, Umsatzsteuer) durch sofortige
Scheckeinzahlungen auf der Post oder in direktem Ver-
kehr mit den Finanzämtern erfolgen.

Es bleibt zu erwägen, ob nicht die Betriebsräte für die
pünktliche Ablieferung der einbehaltenen Lohn-, Umsatz- und sonstigen
Steuern durch Kontrolle, Gegenzeichnung usw. inter-
essiert werden können.

Für die Bezüher der höchsten Einkommen müßte nach englischem
Muster zu der normalen Belastung des Einkommens an der Quelle
noch eine Supertax (Uebersteuer) als Zuschlag hinzukommen.

Die Steuerkommission erklärt es angelehnt des geringen Er-
trages einer großen Reihe von Steuern sowie der Unübersichtlichkeit
der bestehenden Gesetze für unabwiesbare Pflicht der Gesetzgebung,
die Steuern organisch zusammenzulegen und zu vereinfachen.

Mit der Vereinfachung des Steuersystems muß eine Reform
der Steuerverwaltung und des für die Ausführung der
Steuergesetze üblichen Verfahrens Hand in Hand gehen. Insondere
die Möglichkeit der Abschätzung der Steuergesetzgebung, z. B.
auf dem Gebiet der Zuwachssteuer und des Reichsnotopfers, muß
verhindert werden. Sie schließt sich ein auf dem Wege der Ver-
waltungsverordnungen des Reichsfinanzministeriums.
Hier muß eventuell die Kompetenz des Reichsfinanzministeriums
durch eine Aenderung der Verfassung eingeschränkt
werden.

Oberbefehl im Ruhrgebiet verstoßen. Ebenso könnten Verhand-
lungen mit den Gewerkschaften, die ihren Sitz außerhalb des
Ruhrgebiets (Bergarbeiterverbände Red.) hätten, nicht geführt
werden, denn sie würden das Ansehen der Besatzungsbehörden
schädigen und die Rechte der rheinischen Bevölkerung
preisgeben! Außerdem würde jeglicher Sabotage Tür und
Tor geöffnet werden, so daß der kaum im Erlöschen begriffene
Konflikt wieder aufflammen könnte. Allen Feinden des
Friedens müsse die Tür verschlossen bleiben.

Danach wären nur Dornen und Smeets genehme Verhandlungs-
partner!

Worauf Frankreich wartet.

Hofamtlich schreibt Havas, man erwarte, daß Deutschland alle
Widerstandsmaßnahmen aufhebe, nicht nur die fünf, die bisher auf-
gehoben seien. Verhandlungen mit Deutschland könnten erst dann
aufgenommen werden, wenn außerdem Deutschland sich bereit
erkläre, die von der Reparationskommission vorgeschriebenen Sach-
leistungen, besonders die Kohlen, wieder zu liefern.

Kommunistische Offenherzigkeit.

Die Not des Volkes als Propagandamittel der KPD.

Der wahre Zweck der kommunistischen Propaganda ist
nicht etwa eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Not-
leidenden, sondern lediglich die Zuspitzung der allge-
meinen Not bis zur Katastrophe, bis zum Bürgerkrieg,
von dessen Wüten die KPD. besonderen Zulauf für sich selbst
erhofft. Wer bisher daran noch gezweifelt hat, der wird sicher
durch die „Richtlinien“ davon überzeugt werden, die von
der Zentrale der KPD. an ihre Beauftragten in der Pro-
vinz verschickt wurden. Unser Königsberger Parteiblatt
ist in der Lage, aus diesen Richtlinien einige der erteilten
„Befehle“ wiederzugeben. Da heißt es zunächst:

I. Erzwingung von Neuwahlen.

1. Ueberall, wo Erwerbslose, Kriegsoffer, Mieter-
räte, Elternräte, Sozialrentner usw. bei Einreichung von
Forderungen auf den Widerstand der Stadtverordnetenversammlung
oder des Magistrats stoßen, haben sie bei der Aufstellung von Pro-
testforderungen die Forderung auf sofortige Neuwahl des
Gemeindeparlamentes mit zu erheben.

2. Wo Kontrollausschüsse, Betriebsrätever-
sammlungen usw. Forderungen aufstellen, haben sie von jezt
an stets die Forderung: „Sofortige Neuwahl des Gemeinde-
parlamentes“ in die (anderen, durch vorhergehende Befehle der Zen-
trale diktierten — Red.) Forderungen einzureihen.

3. Sämtliche Gemeindevertreterfraktionen der KPD. Preußens
(einschließlich Berlins) haben in allen Gemeindeparlamenten einheit-
lich sofort den Antrag zu stellen, daß die Gemeinderücktritt die
preußische Staatsregierung auffordert, sofort, spätestens im
November 1923, Neuwahlen zu allen Gemeindeparlamenten
vorzunehmen. Dieser Antrag ist so oft wie möglich zu wiederholen.
Die Reden unserer Gemeindeparlamentenvertreter müssen in stetig
gesteigertem Maße auf die Neuwahlen eingeleitet werden.

4. Die Parteizellen mit preußischem Vertriebsgebiet
haben von jezt an wöchentlich einmal Kästen oder Briefen zu brin-
gen mit der Aufforderung: „Arbeiter, erzwingt Neu-
wahlen zu den Gemeindeparlamenten!“

5. Die Parteizellen haben ihre kommunalen Artikel
möglichst oft in die Forderung der sofortigen Neuwahlen aus-
sagen zu lassen.

Wenn Erwerbslose, Kriegsoffer, Sozialrentner und
Mieterträge Forderungen aufstellen, dann glauben sie, dadurch
ihre Lage verbessern zu können. Sie glauben, wenn ihnen
Forderungen durch die kommunistische Partei diktiert
werden, daß die kommunistische Partei gewillt ist, an der
Verbesserung ihrer Lage mitzuarbeiten. Dabei ist die
kommunistische Partei durchaus nicht gewillt, die
Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, weil ihr dann Agi-
tationsstoff genommen würde. Ihr liegt es vielmehr
an der Ausnutzung der schlechten Lage der Arbeit-
erschaft für die Partei. Sie will an der brennenden Not des
Volkes ihre Parteizelle füttern. Das beweist folgende Stelle
aus den „Richtlinien“:

Die Vorbereitungen der Partei zur Ausnutzung
(nicht zur Besserung. Die Red.) der sich verschärfenden
Lage müssen diesmal planmäßiger vorgehen, als es in den letzten
Wochen möglich war. Gegenüber dem Finanzkontroll müssen wir
mit einer planmäßigen Kampagne für die sofortige Sach-
wertverfassung auftreten. Mit Recht hat die Exekutive uns in
dem Schreiben an den Zentralausschuß den Vorwurf gemacht, daß
die Partei den im Reichstag eingebrachten Sachwertverfassungsentwurf
nicht zum Mittelpunkt einer großen Kampagne gemacht hat. Da
die Umstände uns dazu nochmals die Möglichkeit in die Hände
spielen, muß das sofort in breitem Ausmaß, in Presse und Ver-
sammlungen nachgeholt werden; Betriebe und Gewerkschaften
müssen angespannt werden. Da die Ueberweltmarktpresse eine
Steigerung der Erwerbslosenziffer wahrscheinlich machen, so ist den
Erwerbslosenforderungen, namentlich durch die Ge-
werkschaftsfraktionen und Kommunalvertreter, verstärkte Beachtung
zu schenken. Wir müssen ständig darauf bedacht sein, die Erwerbs-
losenbewegung fest in unseren Händen zu behalten. Als zentrale
Forderungen gelten nach wie vor die von der Konferenz der
Erwerbslosen im Reichstag im Juli aufgestellten Forderungen. Die
Kämpfe der letzten Wochen und die Tatsache, daß weder Sozial-
demokraten Minister spielen, geben Veranlassung, die Freilassung
der politischen Gefangenen wieder in den Vordergrund zu rücken.

Wie man die elende Lage der Arbeiterschaft aus-
nützen, nicht bessern will, geht aus obigem klar her-
vor. Die Forderung der Erfassung der Sachwerte wird er-
hoben auf Befehl der Moskauer Exekutive;
nicht um sie zu erreichen, sondern um mit der Forderung
Stimmung für die Kommunisten zu machen. Den Er-
werbslosenforderungen wird besondere Beachtung geschenkt,
nicht um die Erwerbslosen aus ihrer elenden Lage zu brin-
gen, sondern um die Erwerbslosen fest in der Hand
zu behalten, als Sturmtruppe bei Putzungen. Die in der Zeit
der Cuno-Regierung fast unerwähnte Forderung der
Freilassung der politischen Gefangenen wird
erhoben, weil Sozialdemokraten in der Regierung
sitten, um ihnen Schwierigkeiten zu machen, um sagen zu
können: „Seht, die Sozialdemokraten lassen die politischen Ge-“

fargenen in den Gefängnissen schmachten." Und dabei schmachten in Rußland Zehntausende politischer Gefangener in den Gefängnissen und in der Verbannung in unwirtlichsten Gegenden.

So redet man den Arbeitern ein, die von der Kommunistischen Partei erhabenen Forderungen besserten ihre Lage, durch die Neuwahlen würde eine andere Zusammenfassung der Gemeindeparlamente gleichfalls eine Besserung bringen, und mit derselben Begründung stellt man eine weitere Forderung auf, Auflösung des Reichstages und Neuwahlen! Dazu sagt die Zentrale der Kommunistischen Partei in den Richtlinien:

"Von uns ist die Frage der Reichstagsauflösung nicht so zu bewerten, als ob die Wahlen eine Entscheidung im Klassenkampf bringen werden; vielmehr werden sie letzte Probe des Parlamentarismus sein, und sie werden zugleich schärfer und brutaler als bisher die revolutionären Stimmungen und die Juspizung der Klassengegenstände enthüllen. Sie werden uns die Möglichkeit geben, breite Massen für den Klassenkampf und die Arbeiterregierung zu mobilisieren."

Also auch diese Forderung wird nicht erhoben, um eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse zu erzielen. Mit brutaler Kürze nennt man in Verbindung mit der Forderung der Auflösung des Reichstages und der Neuwahlen das Ziel dieser Parole:

"Diese Parole muß ebenfalls in der nächsten Wochen im Mittelpunkt des politischen Kampfes stehen. Diese Parole ist selbstverständlich keine Konzession an den Parlamentarismus. Die Reichstagsauflösung und ein in der Zukunft geführter Wahlkampf wird uns große Erfolge und uns dem Bürgerkrieg näher bringen."

Der Bürgerkrieg — das ist das nächste Ziel aller Maßnahmen der Kommunistischen Partei.

Die Forderung der sofortigen Sachwertverteilung mit dem Ziel: der Bürgerkrieg, die besondere Beachtung der Erwerbslosenforderungen mit dem Ziel: der Bürgerkrieg, die Forderung der Freilassung der politischen Gefangenen mit dem Ziel: der Bürgerkrieg, die Forderung nach Neuwahlen in Gemeindeparlamenten mit dem Ziel: der Bürgerkrieg, die Forderung nach Auflösung des Reichstages und Neuwahlen mit dem Ziel: der Bürgerkrieg.

Wenn dann die Erwerbslosen und die sonstigen unter dem wirtschaftlichen Druck leidenden Proletariatsmassen sich zusammenballen, um teils in gutem Glauben sich durch Gewalt eine Besserung ihrer Lage zu verschaffen, und wenn sie dann mit der Staatsgewalt zusammentreffen, dann tobt die kommunistische Presse über die „Arbeitermörder“. Selten hat es in der Geschichte eine so falkschänzige Art gegeben, als diese moskowsch-kommunistische, die Arbeiter zum Kanonensfutter für ihre Parteizwecke zu mißbrauchen.

## Ein Wasserstrahl aus Moskau.

London, 27. September. (M.T.B.) Reuter meldet aus Moskau, es verlautete dort von unrichtiger Seite, die deutschen Kommunisten hätten sich bei der Moskauer Partei um Unterstützung für die kommunistische Bewegung in Deutschland bemüht, die, wie sie erklärt hätten, entscheidende Ergebnisse haben würde. Sie hätten die Antwort erhalten, da friedlicher Wiederaufbau des Hauptzweck der Moskauer Kommunisten sei, könne eine Unterstützung nicht in Frage kommen.

Die hier wiedergegebene Auskunft von „unrichtiger Seite“ ist offensichtlich von außenpolitischen Erwägungen diktiert worden. Sie spiegelt aber zweifellos auch den Standpunkt des rechten Flügels der russischen Kommunistischen Partei und einflussreicher Wirtschaftsführer wider, die — im Gegensatz zu der Gruppe der politischen Brandstifter um Kabeß, Bukharin und Sinowjew — die Entfesselung eines Bürgerkriegs in Deutschland als ein sehr gefährliches Experiment für Sowjetrußland betrachten. Selbst das kommunistische Zentralorgan „Prawda“ beginnt die Gefahren der Lage einzusehen. Laut einer Moskauer Meldung des

## Die Aufgaben der Psychotechnik.

In der soeben erschienenen neuen Ausgabe des „Maier-Rothschild“ (Handbuch für Kaufmannswissenschaft und Betriebstechnik) gibt Dr. Karl Rothwaldt, der Leiter der Orga A.-B. in Berlin, eine anschauliche Darstellung der psychotechnischen Prüfungsmethoden. Er schreibt: Die Psychotechnik ist eine verhältnismäßig junge, noch in der Entwicklung begriffene, sowohl wissenschaftlich wie technisch arbeitende Methode. Sie steht vor der Aufgabe, die natürlichen psychischen Anlagen, Neigungen und Fähigkeiten des Menschen durch geeignete Apparate zu ermitteln und zu messen. Dabei verfährt man nach dem Grundsatz, zunächst für einen Versuch erforderlichen psychischen Eigenschaften festzustellen, die jeder besitzen und betätigen muß, um einen bestimmten Beruf auszuüben. Wer bei dem anzustellenden Prüfungsvorgang, dessen Ergebnisse durch geeignete Apparate festgelegt und festgehalten werden, die Normleistungen erreicht oder übertrifft, ist geeignet. Wer unter ihnen mit seinen Leistungen zurückbleibt, ist ungeeignet. Auf diese Weise wird also, ohne daß das psychische Urteil ein Werturteil über die Prüflinge als solche ausspricht, lediglich auf Grund angeborener oder besonders ausgebildeter Fähigkeiten die Eignung zu einem bestimmten Beruf festgestellt. So hat die Psychotechnik durch jahrelange Versuche im Laboratorium, aber in dauernder Fühlung mit den einzelnen Berufsarten und den Anforderungen der Praxis, Apparate konstruiert und Methoden ausgearbeitet, mit denen die Eignung für fast alle technischen und kaufmännischen Berufe untersucht werden kann.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß diese Verfahren, sobald sie eine absolute Sicherheit erreicht haben, bei der Bestimmung eines Lebensberufes für die zur Entlassung kommende Schuljugend von geradezu ausschlaggebender Bedeutung sind. Aber auch nach Erledigung der Lehrzeit können durch psychotechnische Prüfungen etwa gemachte Fehler richtiggestellt werden. Ebenso ist es möglich, aus einer größeren Anzahl von Bewerbern bei Neueinstellung oder Umstellung des Betriebes bzw. bei Einrichtung neuer Fabrikationspartien aus dem vorhandenen Beamten- oder Arbeiterpersonal das für den jeweils vorliegenden Zweck geeignetste Menschenmaterial auszufordern. Je zuverlässiger diese Methoden arbeiten, desto mehr wird, weil ungeeignete Kräfte ausscheiden, das mit Kosten, Verdruss und Zeitverlust verbundene Anlernverfahren abgeklärt. Andererseits wird, weil jeder Beamte und Arbeiter auf den seinen Fähigkeiten und Neigungen am besten entsprechenden Platz gelangt, die Lebensfreude und Arbeitslust erheblich gesteigert. Das alles kommt dem Arbeiter und Unternehmer, dem Betriebe und mit ihm der Volkswirtschaft im ganzen zugute. Die menschlichen Eigenschaften, die sich so heute bereits ziemlich sicher feststellen lassen, sind z. B. hohe oder geringe Intelligenz, starke

„St-Eppreß“ steht es für die „Prawda“ fest, daß Deutschland am Vorabend des Bürgerkrieges steht und daß in diesem das Proletariat siegen werde. Aber ein solcher Sieg wäre kein Endsieg, weil die sofortige Folge das gemeinsame Vorgehen der imperialistischen Ententemächte und in deren Gefolge auch des raubgierigen Polen sein würde. Somit stünde das deutsche Proletariat vor schweren Gefahren, und diese bedrohen auch Sowjetrußland. Denn nach Niederwerfung des deutschen Proletariats käme ohne Zweifel das russische an die Reihe, das den kapitalistischen Staaten noch verhaßter sei.

## Hitlers Bundesgenossen.

Ein Aufruf der moskowsch-kommunistischen KPD.

Des Geistes Kinder die Kommunisten sind, die sich in den Betrieben als Vorkämpfer des Proletariats aufspielen, zeigt folgendes Flugblatt, das die kommunistische Ortsgruppe in Jena verbreiten ließ und das wir in der drucktechnischen Aufmachung getreu nach Vorlage wiedergeben:

### Hochverräter

sind am Wert; auf Verlangen der Ruhrindustriellen kapituliert die Streikmann-Regierung. Die Landesverräter

### verhächlern

damit nicht nur das Ruhrgebiet, sondern ganz Deutschland. Die Arbeiterschaft wird von Stinnes und Pointcaré geknebelt und verflucht werden. Die Arbeitslosigkeit wird ungeheuer steigen. Hunderttausende werden Hungers sterben.

### Deutschland

soll zu einer Ententekolonie gemacht werden, damit die internationalen Börsenwölfe dem kleinen Mann vollkommen das Fell über die Ohren ziehen können. Es liegt jetzt

an

der deutschen Arbeiterschaft, den Beamten, Angestellten, Keinen Gewerbetreibenden und Kleinbauern, überhaupt an den Massenwillen aller Volksgenossen, einschließlich aller ehrlich nationalgesinnten Kreise,

den

Schurkenstreich der deutschen Großbourgeoisie zu vereiteln. Wir Kommunisten rufen den breiten Volksmassen von Stobt und Land zu: Rettet die Nation! Die von der deutschen Reichsregierung gebildete Großbourgeoisie, das Schieber- und Wuchertum, das ist der

### Erbsfeind.

Große Protestversammlung gegen die Verschönerung deutschen Bodens, Dienstag, den 25. September, abends 8 Uhr, im Volkshausaal, Jena. Volksgenossen, erscheint in Massen!

Ortsgruppe Jena der KPD.

Schöner könnte auch Hitler oder Kahr nicht über „Hochverräter“ und das „Verhächlern an den Erbsfeind“ daherreiten, als es hier von den völkischen Kommunisten geschieht. Bei solcher Geistesverwandtschaft ist es kein Wunder, daß ein erheblicher Teil der hitlerischen Stürmer sich aus früheren Kommunisten aus der Zeit der Räterepublik zusammensetzt.

## Herr Kahr regiert.

Hausdurchsuchung in der „Münchener Post“. — Republikanische Feiern verboten. — „Deutsche Tage“ erlaubt.

München, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Die erste akute Gefahr der sogenannten nationalen Revolution durch den hitler-Ludendorffschen Kampfbund scheint vorläufig vorüber zu sein. Wir sagen ausdrücklich vorläufig, weil wir überzeugt sind, daß die Niederlage der Ludendorffgarde — wie diese Leute heute von der hiesigen Regierungspresse getauft werden — diese nicht etwa zur Befähigung bringt, sondern zweifellos zu neuen Taten aufmuntert. Die registe Aufmerksamkeit ist auch deswegen am Platze, weil die Art, wie sich die bayerische Regierung mit einem raschen Entschluß vom Spud der Revolution befreit hat, ihre außerordentlich bedenklichen Seiten hat, die in der Person des Herrn von Kahr liegen. Diese Tat ist zwar geschickt, aber auch gefährlich. Geschickt, weil mit einem einzigen Griff Hitler aus dem Sattel gehoben wurde, nachdem er gerade anfangen wollte, zu reiten, gefährlich, weil die extrem-

politische Einstellung des Herrn von Kahr innenpolitische Befehle herausbeschwört, die sich nicht immer auf so befriedigender Weise beschwören lassen, wie es im September 1921 der Fall war. Durch die Ereignisse der letzten Tage ist die politische Situation wenigstens nach der einen Richtung hin geklärt, daß es nun endlich zum offenen Bruch zwischen der weiß-blauen und der schwarz-weiß-rotten Reaktion in Bayern gekommen ist.

Inzwischen steuert Herr von Kahr als Alleinherrscher sein Schiff durch die ersten Klippen. Nachdem er am Donnerstag die 14. Versammlung Hitlers verboten hat, genehmigte v. Kahr die Abhaltung der für morgen und übermorgen angelegten „Deutschen Tage“ in Bayreuth, wo wiederum neben Hitler und Ludendorff auch andere deutschvölkische Führer auftreten werden.

Von amtlicher Seite wird festgestellt, daß Kahr und Lössow bisher ohne Kompetenzstreitigkeiten in bestem Einvernehmen zusammen gearbeitet haben. Diesen Zustand möchte man erhalten wissen. Nur die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ steigt sich zu der Drohung, daß die Ernennung eines Zivilkommissars in Bayern zu „unübersehbaren Folgen“ führen könnte. Offiziös schreibt heute die „Staatszeitung“ zum gleichen Thema, daß auf Grund ihrer Kenntnis in keiner Weise von einem Gegensatz zwischen Bayern und dem Reich die Rede sein kann. Es bestände keine Veranlassung, von einem Konflikt zu sprechen. Im Gegenteil, man glaubt in Berlin wie in München, daß man die Berordnung über den Ausnahmezustand in Bälde wieder zurückziehen können.

München, 28. September. (M.T.B.) Der geplante bayerische Betriebsrätekongress sowie eine für Sonntag vom republikanischen Reichsbund angekündigte Morgenseier sind verboten worden.

Man muß es Herrn v. Kahr lassen, er macht aus seinem republikanischen Herzen kein Hehl. Unter dem Zeichen eines Ausnahmezustandes, der zum Schutz der deutschen Republik verhängt werden mußte, verbietet er republikanische Morgenfeiern und gestattet die Veranstaltung von „Deutschen Tagen“, die, wie die Vorgänge in Augsburg zeigten, auf den gewaltsamen Umsturz hinstreben. Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die treuesten Hüter der Ordnung, werden schikaniert. Ludendorff und Hitler, die den bewaffneten Putz vorbereiteten oder offen begünstigten, dürfen auch weiter vor die Öffentlichkeit treten, während republikanischen Rednern das Wort abgeschnitten wird. Unter diesen Umständen muß man ernstlich die Frage aufwerfen, ob nicht in Bayern unter den Augen des Herrn v. Kahr die Vorbereitung des Bürgerkrieges, die sich keineswegs in militärischen Rüstungen erschöpft, begünstigt wird. Man muß die Frage aufwerfen, was für einen Wert die Stellung des Militärbefehlshabers für Bayern hat, wenn er eine derartige Politik der bayerischen Volksgewalt duldet. Es ist sicherlich wünschenswert, einen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zu vermeiden, solange es möglich ist. Aber wenn Bayern diesen Konflikt wünscht, dann muß energisch zugegriffen werden, um zu verhindern, daß der vom Reich verhängte Ausnahmezustand zu einer Kulisse wird, hinter der die rechtsradikalen Verschwörer ihre letzten Vorbereitungen zum großen Schlag treffen.

Nach einer Meldung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ hat der Reichswehrminister am Freitag das Zentralorgan der Nationalsozialisten, den „Völkischen Beobachter“ in München für das ganze Reich verboten. Diese Maßnahme ist als ein Zeichen dafür zu begrüßen, daß das Reich keineswegs gewillt ist, die Dinge in Bayern so weiter treiben zu lassen wie bisher. Erreichtlicher aber wäre es, wenn Herr v. Lössow, der militärische Befehlshaber für Bayern, aus eigener Initiative eingriffe und Herrn v. Kahr in seine Schranken zurückwies.

## Dollar in New York: Geld 166,66, Brief 161,79 Millionen

Arbeitslosigkeit, Alkohol und Krankheit, Todesursache, Alkohol und Gericht, Alkohol und Tagespresse bestehen. Die Ergebnisse dieses Experimentes, das unser Volk sehr gegen seinen Willen anzustellen gezwungen war, hätten untern Volkswirtschaftlern den Mut entzissen müssen, auch jetzt nach dem Kriege gegen die Alkoholsünde tatkräftig anzukämpfen. Stattdessen läßt man alles gehen wie es will, und ist tiefgerührt, wenn ein Brauereibesitzer ein paar Mark von seinen Kellergewinnen zur Vinderung der allgemeinen Not stiftet, während er doch tagtäglich dem Volk die wichtigsten Nährstoffe entzieht, um sie in Alkohol umzuwandeln, und dadurch die Not immer weiter steigern hilft. Daß hier etwas auf gelegentlichem Wege zu leisten wäre, wird jeder Kenner der Verhältnisse zugeben. Was fehlt, ist der Wille! Zu diesem Schlusse kommt auch Professor Kapellen selbst in seinem Werke, wenn er schreibt: Was in dem dargestellten Umfang neu ist, das ist der eindringliche, auf den allerersten Stellen Gebieten geführte Nachweis, daß der Raufwerg, den uns der Krieg hat erleben lassen, die furchtbaren Folgen des Alkohalmißbrauchs in kürzester Frist nahezu vollständig in den Hintergrund gedrängt hat. Einige wenige gelegentliche und polizeiliche Maßnahmen: die Herabsetzung des Alkoholgehalts im Bier, die Verminderung der Malzherzeugung, die Beschränkung der Ausschankzeiten, die Einführung einer frühen Polizeistunde, das Verbot des Feilhaltens und des Ostersfestes haben genügt, um den Alkoholisimus und die schweren Rausche mit den an sie sich knüpfenden Schäden und Gefahren praktisch so gut wie verschwinden zu lassen. Was der Zwang des Krieges vermocht hat, die fast völlige Ausrötung der Alkoholsünden binnen wenigen Jahren, das konnte durch die gleichen Maßnahmen auch heute ohne weiteres wieder erreicht werden. Was uns fehlt, ist lediglich ein zielbewusster Wille.

Von der deutschen Sonnenfinsternis-Expedition. Beim astro-physikalischen Observatorium in Potsdam, dessen Leiter Professor Ludendorff zusammen mit seinem Hauptbeobachter Dr. Kohlschütter und dem Leiter der Hamburg-Bergedorfer Sternwarte Professor Scharr die deutsche Sonnenfinsternis-Expedition nach Mexiko geführt hat, ist jetzt die erste Nachricht eingetroffen. Danach wurde die Finsternis bei vollkommen klarem Himmel beobachtet. Dieser Erfolg ist um so erfreulicher, als im vorigen Jahre die deutsch-holländische Sonnenfinsternis-Expedition nach der Weihnachtsinsel im letzten Augenblick wegen der Ungunst des Wetters nicht zu den wichtigsten Beobachtungen kam. Die Rückkehr Professor Ludendorffs wird für den nächsten Monat erwartet, die Bearbeitung der Ergebnisse, die nicht nur für die Nachprüfung der Relativitätstheorie von größter Bedeutung sein dürften, wird dann noch Monate in Anspruch nehmen.

Konzertabgabe. Durch Erklärung des Ausnahmezustandes ist es Hermann Scherchen unmöglich gemacht, aus seinem im belieteten Gebiet liegenden Kutenbaldort zu seinem heute in der Bühnarmarie schlagenden Konzert zu erscheinen. Das Konzert muß daher abgeblagt werden.

Der „Sprechende Affen“, die Erklärung von Frau Wollweil und Dr. Emil Joll von der National-Film-V.G. in die Praxis umgesetzt werden; und zwar ist als Objekt des Experimentes Franz Berleis „Spiegelmann“ in Aussicht genommen.

oder schwache Beobachtungs- und Auffassungsgabe, Gedächtnisstärke oder Gedächtnisschwäche, leichte Ermüdung oder große Widerstandskraft bei monotonen Arbeiten, Stumpfheit oder Feinheit in Empfindung und Erinnerung an Farben, Formen und Physiognomien, Vorhandensein oder Mangel von Aufmerksamkeit, Entschluß- und Urteilskraft usw. Es leuchtet ein, daß ein Farbenblinder sich beispielsweise nicht zum Lokomotivführer oder zum Verkäufer feinerer Seiden- oder Samistoffe eignet usw. Nach dieser durch psychotechnisches Verfahren erfolgten Eignungsprüfung geht man ein auf gleiche oder auf dem Taylorismus beruhendes Anlernverfahren ein, durch das die von Natur aus vorhandene Anlage durch Übung bis zur höchsten Vollendung gebracht werden soll. Neben dieser Subjektsprüfung, die den geeigneten Mann an den geeigneten Platz stellen will, läuft jedoch die Objektsprüfung.

Die Objekts-Psychotechnik stellt sich die Aufgabe, Werkzeuge und Arbeitsgeräte daraufhin zu untersuchen, ob und wie weit diese für den menschlichen Gebrauch geeignet oder verbesserungsfähig sind. Denn da Werkzeuge und Arbeitsgeräte den Zweck haben, den psychischen oder psychischen Anlagen des Menschen bei der Arbeitsbetätigung als Hilfsmittel zu dienen, so müssen sie als Ergänzung dieser Eigenschaften gewisse psycho-physische Voraussetzungen erfüllen. Die Psychotechnik überläßt diese Untersuchungen nicht nur der handwerklichen Erfahrung oder dem persönlichen Urteil, sondern stellt mit Hilfe geistreich konstruierter Apparate und hohegenauer Messung das Ergebnis ihrer Forschungen in exakt-wissenschaftlicher Weise fest. Dadurch wird das persönliche Urteil des Werkzeugbenutzers ausgeschaltet, das, weil es meist nur auf Gewöhnung beruht, vielfach schief und unzuverlässig ist. Sind in dieser Weise Menschen wie Apparate und Maschinen auf gegenseitige Eignung untersucht, so schließt sich hieran in Uebereinstimmung mit dem Taylorismus das Anlernverfahren, auf dem die wissenschaftliche Betriebsführung und mit ihr die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens beruht.

## Ein bedeutsames Experiment.

Der Weltkrieg hat mit seiner Umstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Lebensweise des ganzen Volkes weitgehend beeinflusst. In allermeist leider in unangünstigen Sinne. Aber es darf nicht verschwiegen werden, daß die Not, die erzwungene Sparlichkeit auch manche Krankheit des Ueberflusses hat fester werden lassen.

Ganz besonders gilt das von all den Zuständen, die man unter dem Worte Alkoholisimus zusammenfaßt. Die Wirkungen der Alkoholsucht während des Weltkrieges sind von der Münchener Forschungsanstalt für Psychiatrie unter Leitung des bekannten Psychiaters Kapellen eingehend erforscht und das Ergebnis in einem bei Jul. Springer-Berlin verlegten Werte zusammengefaßt worden. Hier finden sich all die engen Beziehungen kargelegt, die zwischen Alkohol und Volkswirtschaft, Alkohol und Heer, Alkohol und

# Aktion gegen die Münchener Arbeiterwehr

München, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend gegen 9 Uhr fuhrten mehrere Panzerwagen und Lastautos mit schwerbewaffneter Landespolsie vor dem Gewerkschaftshaus, dem Gebäude der „Münchener Post“ und einem Lokal unterer SZL vor, wo nach Waffen gesucht wurde. Während die Waffensuche fast ergebnislos war, wurden bei der „Münchener Post“ zwei leichte Maschinengewehre, etwa 40 Infanteriegewehre und eine Anzahl Handgranaten — alles Waffen, deren Anschaffung durch die wiederholten Angriffe der Hitler-Leute auf unser Parteibüro und durch die fortgesetzten Drohungen mit Gewalttaten erforderlich geworden war — beschlagnahmt und weggeführt. Hinter dem Panzer- und Lastkraftwagen der Polizei fuhr Hitler in seinem Personauto, was den Schlag nahelegt, daß diese Aktion in Einvernehmen mit Hitler unternommen worden ist. Es scheint, daß hieraus noch weitergehende Konsequenzen entstehen werden.

Dem Widerruf der Erlaubnis zur Abhaltung einer Hitlerverkündigung am heutigen Abend, die die Freilassung Rohbachs fordern sollte, scheinen Auseinandersetzungen zwischen Rohr und dem Reichswehrbefehlshaber vorausgegangen zu sein.

## Völkische Bluttat in Bremen.

Bremen, 28. September. (WZB.) In der vergangenen Nacht wurde hier der Führer der kommunistischen Jugend von einem Mitglied des Jungdeutschen Ordens erschossen. Die Kommunisten hatten sich vor einem Lokal, in dem der Jungdeutsche Orden tagte, versammelt. Als von ihnen die Fenster eingeworfen wurden, fiel aus der Wirtshaft ein Schuß, der den Führer der kommunistischen Jugend tötete.

## Wilde Reichswehr?

Durch WZB. wird diese aufsehenerregende Meldung verbreitet: In der Umgebung von Berlin sind während der letzten Tage etwa 100 Trupps jugendlicher Personen aufgetaucht, die sich der Reichswehr zur Verfügung stellen beabsichtigen. Da ein ausdrückliches militärisches Verbot zur Anwerbung und Einstellung derartiger Freischärler vorliegt, machen sich Veranstalter und Teilnehmer an der Bildung derartiger Trupps wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 betreffend das Verbot militärischer Verbände strafbar.

Der Polizeipräsident von Berlin hat infolgedessen die Beamten der Schutzpolizei angewiesen, beim Auftauchen solcher Trupps sofort einzuschreiten und die Teilnehmer festzunehmen.

Ganz ähnliche Meldungen vom Eintreffen wilder Trupps, die angeblich mit Einberufungsscheinen versehen sind und sich der „Reichswehr zur Verfügung stellen“ wollen, liegen aus Frankfurt an der Oder und Kufstein vor. Es handelt sich augenscheinlich um einen gemeingefährlichen Unfug, dem schleunigst auch von der Reichswehr selbst ein Ende bereitet werden muß, wenn nicht eine bedrohliche Stimmung in der Bevölkerung Platz greifen soll. Schon vor einigen Tagen wurde uns Mitteilung von der „Einberufung“ bekannter Deutschnationaler aus der Lausitz zur Marine gemacht. Wenn es sich bei diesen „Einberufungen“ nicht um grobe Fälschungen handelt, dann wird hoffentlich der Reichswehrminister alsbald der Öffentlichkeit sagen, welche Maßnahmen er gegen dieses Spiel mit dem Feuer getroffen hat oder zu treffen gedenkt.

Der Parteivorstand und die Fraktionen der Deutschnationalen Partei verbreiten einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Wieder einmal hat der Marxismus die deutsche Widerstandskraft unterhöhlt und die deutsche Wirtschaft zerrüttet, wieder einmal führt eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition mehr rertrotzend auf den Feind als auf eigene Kraft das deutsche Volk dem Elend neuer Kapitulationen entgegen. An all dem Unheil, das nun erst ruht über uns hereinbrechen wird, trifft sie die Schuld. Reichlich erklären wir, daß wir niemals neue Vernichtungstrübe anerkennen werden und sind uns dabei bemüht, daß Millionen deutscher Volksgenossen aus unserem, wie aus anderen Lagern in Nord und Süd in uns heute die Träger der nationalen Hoffnung sehen, die von dem Kapitulationskabinett Stresemann-Hilferding niemals kommen kann. Dem deutschen Volk aber, rufen wir, getragen von der Zustimmung weitaus der Mehrheit der deutschen Wirtschaft, in letzter Stunde zu: Sei bereit, der Tag ist nicht mehr fern, an dem alle paßlich-internationalen Verständigungs-Mustionen unter der Gewalt der Tatsachen zerfallen werden: Dann ist die Stunde der nationalen Regierung da, die mit starkem Willen, komme, was da wolle, den Weg der Rettung gehen wird.“

Dieser Aufruf ist nichts anderes als eine verschleierte Aufforderung zum Widerstand gegen die Reichswehr. Daß er unter dem Ausnahmezustand verbreitet werden kann, ist zudem eine Verhöhnung der Regierung, auf deren Duldsamkeit die Deutschnationalen spekulieren. „Der Tag ist nicht mehr fern!“ Klingt ganz ähnlich wie „Die Stunde ist da!“ So stand erst vor einigen Tagen in der Münchener Wochenschrift „Bayern und Reich“ zu lesen. „Bayern und Reich“ heißt die Vereinigung der Vaterländischen, die Herrn Rohr untersteht. Seine Stunde glaubte er gekommen. Man hat noch nicht gesehen, daß General von Lossow dem „Generalsstaatskommissar“ den Militärbefehlshaber als Reichsstaatskommissar gegenübergestellt hätte.

## Die Erwerbslosenunterstützung.

Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung stellt sich ab 26. September pro Tag wie folgt: 1. Für männliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 42 Millionen; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen wohnen, 33,5 Millionen; c) unter 21 Jahre 28 Millionen. — 2. Für weibliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 33,5 Millionen; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, 28 Millionen, c) unter 21 Jahre 19,5 Millionen. 3. Familienzuschläge a) für Ehegatten 15,5 Millionen, b) Kinder pro Kind 12,5 Millionen.

## Vertrauensbruch des „Lokal-Anzeigers“.

Der Ausschuh der Pressekonferenz teilt mit: Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet in seiner Abendausgabe vom 27. September über eine Rede des Reichsfinanzministers vor Vertretern der Presse. Der Ausschuh der Pressekonferenz stellt fest, daß der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der wegen eines groben Vertrauensmißbrauchs aus der Pressekonferenz ausgeschlossen worden ist, an der fraglichen politischen Aussprache des Reichsfinanzministers mit Mitgliedern der Pressekonferenz überhaupt nicht teilgenommen hat. Im übrigen entsprechen die Mitteilungen des „Lokal-Anzeiger“, die er nur durch einen neuen groben Vertrauensbruch erhalten haben kann, in wichtigen Punkten nicht dem wirklichen Inhalt der Ausführungen des Reichsfinanzministers und sind geeignet, die Zusammenarbeit von Presse und Regierung aufs höchste zu gefährden.

Der griechische Auszahlungsbefehl für 50 Millionen Lire an Italien scheint erst ergangen zu sein, nachdem die italienische Flotte überraschenderweise nochmals vor Korfu Anker geworfen hatte.

# Völkisch-kommunistische Offensive.

## Reichstagsdebatte über den Ausnahmezustand.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Neuhäuser (Dnat.) gestern im Reichstag, die große politische Aussprache zu beginnen und mit der Aussprache über die Ausnahmeverordnung zu verbinden.

Abg. v. Guericke (Z.) weist die Verdächtigung zurück, daß Abg. Dr. Marx (Z.) gesagt haben sollte, das besetzte Gebiet sei von Preußen mit Füßen getreten worden. (Unruhe.)

Abg. Neuhäuser (Dnat.) begrüßt das Bekenntnis des Vorredners zu Preußen und dem Reich, bedauert aber, daß Abg. Dr. Marx sich gestern anders ausgedrückt habe.

Abg. Borch (Komm.) unterstützt den Antrag auf sofortigen Eintritt in die politische Aussprache.

Abg. Dr. Peterßen (Dem.) wendet sich gegen den Antrag der Deutschnationalen.

Der Antrag der Deutschnationalen wird gegen die Antragsteller und die Kommunisten abgelehnt.

Ohne Debatte werden dann in allen drei Besungen die Venderungen des Bankgesetzes angenommen, die notwendig sind, um der Reichsbank die Ausdehnung werbeständiger Kredite auf den Lombardverkehr zu ermöglichen.

Abg. v. Guericke (Z.) begründet dann einen Antrag, das Reich möge für die Wiederbelebung von Industrie, Handel und Gewerbe im besetzten Gebiet durch die schnelle Erteilung öffentlicher Aufträge sorgen.

Abg. Deermann (Bayer. Sp.) erträgt die Regierung, der sonderbaren Geschäftspraxis der Banken im Schiedsverfahren ein Ende zu machen.

Die Abgg. Neuhäuser (Dnat.), Koell (Dem.), Obermeier (Soz.) und Kemptes (D. Sp.) stimmen dem Antrag zu.

Abg. Koenen (Komm.) bezeichnet den Zentrumsantrag als einen schlaun Trick zur Verschleierung der Entlassung des Abg. Dr. Marx. Die Regierung hätte sofort beim Abbruch des passiven Widerstandes einen Demobilisationsplan aufstellen müssen.

Der Zentrumsantrag wird angenommen. Es folgt die gemeinsame Beratung des kommunistischen und deutschnationalen Antrags auf

## Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich.

und des kommunistischen Antrags auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Abg. Koenen (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge. Der Verfassungswidrigkeit sei jetzt die Militärdiktatur erdichtet worden. Die Ernennung v. Rohrs zum bayerischen Diktator habe Herrn Hitler der Notwendigkeit zum Loschlagen entbunden. Mit Rohr sei jetzt die völkische Diktatur in Bayern durchgeführt. Von Rohr und Hitler werde ein gemeinsames Spiel mit verteilten Rollen gegen die Republik gespielt. Der „trodene Putz“ ist in Bayern durchgeführt und er wird nicht korrigiert durch die Methode des Herrn Ebert, der mit seiner Diktatur Behler, Lossow die Bayern übertrumpfen wollte. Lossow und Hitler sind die gleiche Farbe. Die bayerische Reichswehr hat die Hitler-Garden ausgebildet und Lossow wird nichts gegen Hitler unternehmen. Zwischen der Diktatur Behler und der Diktatur Rohr besteht kaum ein Unterschied. Die Sollmann, Müller und Kabbach wollen sich der Generäle zur Niederschlagung der Arbeiterkraft bedienen. Gerade in Sachsen und Thüringen, wo es am nötigsten geseien wäre, sind keine Zivilkommissare ernannt, dort herrscht die unumschränkte Militärdiktatur. In Sachsen geht General Müller als Diktator noch weit über die durch die Ausnahmeverordnung gegebenen Beschränkungen hinaus. Die sozialdemokratische Parteileitung und die sozialdemokratischen Reichsminister lassen die sozialistischen Landesregierungen im Stich. Sie wollen überall die große Koalition. Gegen Behler ist auch von Sozialdemokraten der Vorwurf erhoben worden, er habe die Verbindung der Reichswehr mit den illegalen Verbänden durchgeföhrt werden. Das ist durch das Eingreifen des Reichspräsidenten Ebert vereitelt worden. (Hört, hört! b. d. Komm.) Behler war noch vor wenigen Wochen entschlossen, im Einverständnis mit Cuno Herrn Dr. Zeigner zu verhaften. Er hat ihm die Ehre abgesprochen. Jetzt ist dieser Behler der Befehlshaber auch über Zeigner. Er kann ihn durch General Müller verhaften und wegen Landesverrats vor das Staatsgericht stellen lassen, wenn Zeigner seine Planische Rede wiederholt. Die Sozialdemokraten müssen sich jetzt klar entscheiden für Behler und die Militärdiktatur oder für Zeigner und das Proletariat. Wir sind trotz allem bereit, mit den sozialdemokratischen Arbeitern gemeinsam zu kämpfen. (Abg. Crispian (Soz.):

Thüringen!) Wir sind bereit, in Thüringen in eine Arbeiterregierung einzutreten, wenn die Bedingungen nicht schlechter sind als in Sachsen. Die Verbindung zwischen Hitler und Rohr ist bekannt, ebenso die von Rohr und Lossow, von Lossow und Behler, von Behler und Ebert. Es besteht also eine Einheitsfront von Ebert bis Hitler zur Niederschlagung des Proletariats bei der Durchführung der Ruhr-Kapitulation. Wir rufen die zehn bis fünfzehn Millionen Proletariat auf zur Einheitsfront gegen die Militärdiktatur. (Beifall b. d. Komm.)

Abg. Graf-Thüringen (Dnat.) begründet den Antrag der Deutschnationalen. Das als starkes Kabinett der 17 angekündigte Kabinett Stresemann ist im Ruhrkampf zum Kabinett der Kapitulation geworden. Wenn diese Regierung nur einen Teil der gegen die nationalen Kreise aufgewandten Energie gegen die Feinde aufgebracht hätte, so wäre es besser gewesen. Grundtätig sind wir für die Diktatur. Die Veranlagung der Deutschen schnell geradezu nach einem Diktator. Wenn wir einmal aus Ruher kommen, dann werden wir auch nicht mit Samthandschuhen auftreten. (Hört, hört! links.) Eine solche Machtfestung können wir aber nicht der jetzigen Reichsregierung zugestehen, die unser Mißtrauen gerechtfertigt hat. Wir beantragen deshalb die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich. Dagegen wollen wir der bayerischen Regierung zunächst nicht in den Arm fallen. In Bayern zeigen die vaterländischen Verbände eine erfreulich starke Entwicklung und dort ist die Erregung über die Ruhrkapitulation besonders groß. Der Name Rohr ist für uns ein nationales und völkisches Programm. Wir begrüßen es, daß er in seinem ersten Erfolg logte, er stühe sich auf das Vertrauen aller derer, die deutschen Stammes sind. Wir streben rastlos danach, daß ebenso wie in Bayern auch im Reich grundsätzlich ohne Sozialdemokraten regiert wird. Der Handhabung des Ausnahmezustandes durch eine sozialistisch infizierte Regierung sehen wir unseren schärfsten Protest entgegen. (Beifall b. d. Deutschnationalen.)

## Reichsminister des Innern Sollmann:

Auch die Reichsregierung hat den dringenden Wunsch, dem Reichstag baldigt Zustimmung zu geben über die weitgehenden politischen Entschlüsse, die sie getroffen hat. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß dies zweckmäßig geschieht im Rahmen der großen politischen Aussprache, die anfangs nächster Woche in Aussicht genommen ist. Die Reichsregierung wäre dem Reichstag dankbar, wenn er sich dieser Auffassung anschließen würde. (Abg. Koenen: Und inzwischen besteht die Verordnung weiter!)

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) beantragt Verlegung der Aussprache auf Dienstag und ihre Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache.

Die Abgg. Heuning (Deutschödl.) und Borch (Komm.) verlangen, daß die Aussprache sofort oder mindestens am Samstag beginnen solle.

Gegen die Rechte und die äußerste Linke wird nach 7 Uhr beschloffen, die politische Aussprache nach dem Antrag Scholz auf Dienstag 3 Uhr, zu verlegen.

Da die Debatte über den Ausnahmezustand bis zum Dienstag vertagt wurde, hatte gestern kein sozialdemokratischer Redner Gelegenheit, dem Kommunisten Koenen und dem Deutschnationalen Graf entgegenzutreten. Das wird am Dienstag gründlich nachgeholt werden. Schon jetzt ist aber gesagt, daß die Behauptung, eine Verordnung zur Auflösung der Reichswehr von den illegalen Organisationen sei vom Reichspräsidenten vereitelt worden, zu dum ist, als daß sie selbst in kommunistischen Kreisen ernst genommen werden könnte. Im übrigen ist es kein Wunder, daß für Herrn Graf der Reichswehrminister ein Gefangener der Sozialdemokraten ist, während nach Herrn Koenen die Sozialdemokraten keinen anderen Wunsch haben als den, die Arbeiter niederzuschlagen. Wenn sich die Arbeiter nicht von den Kommunisten mißbrauchen lassen, wird ihnen der Ausnahmezustand keinen Schaden zufügen, sondern er wird sich mit aller Kraft gegen die Rechtsputschisten auswirken. Dafür zu wirken, daß die Dinge einen solchen Verlauf nehmen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie — trotz aller Quertreiberei der Kommunisten!

Die Reichstagsfraktion bestimmte den Genossen Dr. Rudolf Breitfeld zum Fraktionsredner für die am Dienstag stattfindende große politische Debatte.

# Wirtschaft

## Endlich Holzkaufgelder auf Goldbasis.

Wiederholt mußte an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, in wie ungeheurer Weise sich Holzhändler und Sägewerke auf Kosten der Allgemeinheit bereichern konnten, da ihnen von den Staatsforsten die Preise in Papiermark gestellt und ohne Rücksicht auf die Geldentwertung bei niedrigen Zinsen gestundet wurden, während sie selbst ihre Preise für Schmittholz usw. auf Goldbasis verrechneten oder mit anderen Mitteln dafür sorgten, daß ihre Preise sich der Geldentwertung rasch anpaßten. Diesem Unfug soll jetzt endlich gesteuert werden.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt dazu mit: Die Ungewißheit über die künftige Bewertung der Mark läßt eine Stundung der Kaufgelder für das in den Staatsforsten fernerehin zum Verkauf kommende Holz nicht mehr zu. In einer Verfügung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten werden daher die Bedingungen für die Zahlung der Holzkaufgelder mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 wie folgt festgesetzt:

1. Das eingeklagene Holz ist nur noch gegen Barzahlung binnen 12 Tagen nach Erteilung des Zuschlags zu verkaufen. Bei Holzverkäufen von nur örtlicher Bedeutung und bei Verkäufen an Selbstverbraucher ist Bezahlung am Verkaufstage zu fordern; für besondere Verhältnisse (z. B. Rugholzverkäufe an Handwerker, Kleingewerbetreibende u. a.) kann die Regierung allgemein oder der Oberförster von Fall zu Fall eine dreitägige Zahlungsfrist zulassen. Alle Holzverkäufe müssen so vorbereitet sein, daß die Käufer das Kaufgeld bereits am Verkaufstage bezahlen können.

2. Von dem Kaufgeld für stehendes, also vor dem Einschlag zum Verkauf gelangendes Holz ist binnen 12 Tagen nach Erteilung des Zuschlags ein Drittel des geschätzten Kaufpreises bar anzuzahlen. Der vom Oberförster anzulegende Betrag der Anzahlung ist auf volle hunderttausend Mark nach oben abzurunden. Nach der Berechnung des Betrages ist der übrige Teil nach der Versteigerungszahl des Goldzolls (Goldzollausgleich + 100 : 100) am Tage der Ueberweisung des Holzes im Verhältnis zu der Versteigerungszahl des Goldzolls am Tage des Zuschlags umzurechnen, wobei beide Versteigerungszahlen auf volle 1000 nach unten abzurunden sind. Die so ermittelte Summe ist der endgültige Kaufpreis und muß binnen 12 Tagen nach der Ueberweisung der Holzzeitel an die Forstkasse gezahlt werden. Die Frist beginnt mit dem 4. Tage, der auf den Tag der Abendung der Holzzeitel folgt. Dieser Tag wird also bei Berechnung der Frist mitgerechnet. Für verspätete Zahlungen sind vom 1. Oktober 1923 ab bis auf weiteres 10 Proz. wöchentliche Verzugszinsen zu berechnen.

Die hier aufgeführten Bestimmungen bedeuten für den Holzläufer insofern noch einen Vorteil, als in Zeiten starker Geldentwertung das Goldzollausgleich hinter dem Dollarstand recht erheblich zurückbleibt. Aus diesem Grunde haben die industriellen Kartelle fast durchweg davon abgesehen, die Goldzollmark als Grundlage der Goldrechnung anzunehmen. Auch die Richtlinien, die der Reichsverband der deutschen Industrie zur einheitlichen Durchführung der Goldrechnung aufgestellt hat, lehnen sich ausschließlich an den Dollarstand, nicht an die Goldzollmark an. Nachdem nun der führende Spitzenverband der industriellen Unternehmer, der auch die Holzindustrie umfaßt, für seine Produkte eine konsequente Durchführung der Goldrechnung verlangt, und weil schließlich jeder Verlust, der der Staatskasse aus einer unzulänglichen Anwendung des Goldmaßstabes entsteht, von der Allgemeinheit getragen werden muß, ist zu fordern, daß auch der Staat bei den Holzpreisen den Dollarstand zugrundelegt. Er könnte der Verwaltung die Durchführung der Goldrechnung erleichtern und sich selbst vor Mißständen schützen, wenn er genau wie die Industrie die Preise von vornherein in Goldmark stellt und Bezahlung in werbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches entgegennimmt.

Die Rechtsvorschriften über Devisenbanken sind vom Devisenkommissar erneut abgeändert worden. Devisenbanken sind solche Banken und Bankiers, die Mitglieder der an ihrem Sitz befindlichen Abrechnungsstelle der Reichsbank sind und schon vor dem 12. September Devisenbanken waren. — Die Abwindungsfrist für Banken, welche jetzt aufhören Devisenbanken zu sein, aber einen Antrag auf Verlängerung der Zeit zur Abwicklung ihrer Geschäfte gestellt haben, wird bis zum 13. Oktober 1923 verlängert.

Wertbeständige Tabaksteuer. Der finanzpolitische Ausschuh des Reichstages hat beschlossen, die Tabaksteuer wertbeständig zu machen. Es wurde einstimmig beschloffen, die Entrichtung der Tabaksteuer in Zukunft in Goldanleihe und Dollarobligationen zum jeweiligen Kurs vorzuschlagen. Die Steuerfrist für Tabak, die bisher drei bzw. sechs Monate betragen hat, wird auf zwei Monate beschränkt. Die Beratungen ergaben eine Reihe von Richtigstellungen, die auf eine ausgedehnte Steuerhinterziehung schließen lassen. Der Ausschuh beabsichtigt deshalb, recht bald Sachverständige der Tabakindustrie zu hören, um festzustellen, ob diese Unterläufe durch die Art des Steuerhinterziehens oder durch die Art der Durchführung ermöglicht worden ist.

Devisenkurse. Unserer geliebten Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 ungarische Mark 489 000 Geld, 4 411 000 Brief; 100 österreichische Kronen 224 437 Geld, 225 563 Brief; 1 tschechische Krone 4 768 000 Geld, 4 812 000 Brief; 1 ungarische Krone 1980 Geld und 8020 Brief; 1 bulgarische Leva 1 838 150 Geld, 1 843 850 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1 855 850 Geld, 1 864 650 Brief.

# Gewerkschaftsbewegung für Kurzarbeiter.

Da die Kurzarbeit mehr und mehr um sich greift, erscheint es angezeigt, die für sie geltenden Unterstützungsbestimmungen in Erinnerung zu bringen. Waghelbend ist der § 9 Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921, abgeändert durch die Bestimmung vom 20. Februar 1923:

„Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Überarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht, und treten deswegen Lohnkürzungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern 50 Proz. des Wochenarbeitsverdienstes (Doppelwochenarbeitsverdienstes) das Anderthalbfache des Unterstützungsbeitrags der Woche (Doppelwoche) bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit; § 6 findet mit der Maßgabe Anwendung, daß die Bedürftigkeit nicht zu prüfen ist. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben und auf Erfordern der Gemeinden oder Gemeindeverbände die Errechnung und Auszahlung der Unterstützung kostenlos zu befragen.“

Für die Auswirkung dieser Schutzbestimmungen in der Praxis nachstehend einige Beispiele:

In der Woche vom 15. bis 21. September 1923, in der der tarifliche Lohn 300 Millionen Mark betrug, arbeitet der Kollege Schulz 24 Stunden und erhält dafür 150 Millionen Mark. Kollege Schulz ist ledig, über 21 Jahre alt und lebt nicht im Haushalt eines andern; er würde in dieser Woche bei voller Erwerbsfähigkeit 106 2/3 Millionen Mark erhalten. Das Anderthalbfache des vorstehenden Unterstützungsbeitrags beträgt 159 750 000 M. Die Hälfte (50 Proz.) des Wochenverdienstes des Kurzarbeiters Schulz beträgt 75 Millionen Mark.

Die Differenz zwischen dieser Summe und der anderthalbfachen Vollerwerbslosenunterstützung ist die Kurzarbeiterunterstützung. Also 159 750 000 Millionen Mark weniger 75 Millionen Mark macht 84 750 000 Millionen Mark. Schulz erhält mithin als Lohn 150 Millionen Mark, als Kurzarbeiterunterstützung 84 750 000 M., zusammen ein Wochenverdienst von 234 750 000 M.

Wer Schulz aber verheiratet, ohne Kinder, dann würde er in derselben Woche bei voller Erwerbsfähigkeit 146 250 000 M. erhalten. Das Anderthalbfache des vorstehenden Unterstützungsbeitrags beträgt 219 375 000 M. 50 Proz. des Wochenarbeitsverdienstes des Kurzarbeiters Schulz beträgt 75 Millionen Mark.

Die Differenz zwischen dieser Summe und der anderthalbfachen Vollerwerbslosenunterstützung ist die Kurzarbeiterunterstützung. Also 219 375 000 M. weniger 75 Millionen Mark macht 144 375 000 M. Schulz erhält also als Lohn 150 Millionen Mark, als Kurzarbeiterunterstützung 144 375 000 Mark, ergibt zusammen ein Wochenverdienst von 294 375 000 M.

St Schulz verheiratet und hat ein Kind, würde er in dieser Woche bei voller Erwerbsfähigkeit 178 Millionen Mark erhalten. Das Anderthalbfache dieses Unterstützungsbeitrags beträgt 267 750 000 M. 50 Proz. des Wochenarbeitsverdienstes des Kurzarbeiters Schulz beträgt 75 Millionen Mark.

In diesem Falle beträgt die Differenz zwischen dieser Summe und der anderthalbfachen Vollerwerbslosenunterstützung 192 750 000 M. Dies würde also die Kurzarbeiterunterstützung sein. Kollege Schulz würde also als Lohn 150 Millionen Mark und als Kurzarbeiterunterstützung 192 750 000 M. erhalten. Daraus würde sich ein Gesamtverdienst von 342 750 000 M. ergeben.

Da aber nach der Verordnung Arbeitsverdienst und Kurzarbeiterunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit betragen darf, ist die Unterstützung 150 Millionen Mark.

Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung werden wir fortan in jeder Woche veröffentlichen, so daß jeder Kurzarbeiter den ihm zustehenden Betrag der Kurzarbeiterunterstützung leicht berechnen kann.

## Die Metallindustriellen provozieren.

Bei den Lohnverhandlungen, die gestern mit dem Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 24. September geführt wurden, sollten auch gleich die Löhne für die Woche vom 24. bis 30. September mit geregelt werden. Die Verhandlungen zerplüßten sich, weil die Unternehmer ein geradezu lächerliches Angebot machten. Alle Bemühungen der Beauftragten des Reichsarbeitsministeriums, eine Verständigung zu erzielen, blieben erfolglos. Die Unternehmer haben schließlich die Sitzung verlassen. Gegen den Willen der Organisation wollten die Unternehmer am Dienstag folgenden Vorstoß zahlen: Arbeiter über 21 Jahre 500 Millionen, von 18 bis 21 Jahren und weibliche über 18 Jahre 240 Millionen, von 10 bis 18 Jahren 120 Millionen, von 14 bis 16 Jahren 90 Millionen.

Die Organisationsvertreter forderten einen höheren Vorstoß. Die Einstellung der Unternehmer erscheint geradezu als eine Provokation. Man hat den Eindruck, als wenn mit aller Gewalt ein Konflikt heraufbeschworen werden soll, um auf diese Art und Weise die Betriebe zu leeren. Die Arbeiter der Metallindustrie können daraus erkennen, daß die Unternehmer den Arbeitern ein

Diktat aufzwingen wollen. Sie wollen durch Hungerlöhne die Arbeiter auf die Knie zwingen. Aber die Antwort wird und darf nicht ausbleiben. Schlicht die Reihen, stärkt die Organisation! Am Sonntag soll erneut ein Schiedsgericht tagen.

## Konflikt bei der Straßenbahn.

Eine Versammlung der wieder eingestellten Straßenbahner, die vor zwei Wochen stattgefunden hatte, gab dem Lohnrat den Auftrag, mit der Gesellschaft wegen Anerkennung der alten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. In einer Versammlung am Donnerstag wurde darüber Bericht erstattet. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß die Verwaltung es rundweg ablehnte, den alten Tarif anzuerkennen und auch durch-

## An unsere Abonnenten!

Trotz zeitweise erheblichem, aber schon wieder verschwundenem Rückgang des Dollarkurses steigen die Preise fortgesetzt weiter, und nach Goldrechnung weit über den Friedenspreis. Telefon- und Postgebühren werden am 1. Oktober verachtacht. Der Druckpreis steigt infolge Verteuerung aller Materialien und der notwendigen Anpassung der Löhne um annähernd 100 Proz. in der nächsten Woche. Der Papierpreis, der bereits weit über dem Weltmarktpreis steht, wird durch die starke Frachterhöhung eine außerordentliche Höhe erreichen. Das alles zwingt uns, obgleich wir nur zögernd an eine Erhöhung herangehen, den Bezugspreis für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober auf 28 Millionen Mark zu erhöhen.

Wir bitten, den Betrag beim erstmaligen Vorlegen der Dultung und, um den Frauen das Kassieren zu erleichtern, wenn möglich in großen Scheinen zu erlegen.

Berlin, den 28. September 1923.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

bliden ließ, kein Interesse am Abschluß eines neuen Tarifes mit den freien Gewerkschaften zu haben. Sie plaudert mit ihren gelben Schlingeln in persönlichen Verhandlungen besser abzuschneiden.

Gegenüber den Beschwerden über die unnötige Verlängerung der schon reichlich langen Arbeitszeit, und zwar dadurch, daß das Fahrpersonal beim Antritt des Frühdienstes keine Fahrgelegenheit von der Wohnung zum Bahnhof hat, fand die Verwaltung den sehr einfachen Vorschlag, das ganze Personal zu entlassen und nur die Angestellten wieder einzustellen, die in der Nähe der Bahnhöfe wohnen. Diese von sozialem Verständnis wenig zeugende Ansicht der Verwaltung löste unter den Anwesenden einen Entrüstungssturm aus. Betreffs der Urlaubsbefreiung wurde mitgeteilt, daß zwar eine vom Oberbürgermeister Böhm selbst unterzeichnete Anweisung an die Verwaltung vorliegt, nach der das Urlaubsgeld sofort nach Weggabe der für die anderen städtischen Arbeiter geltenden Bestimmungen ausgezahlt werden soll, daß aber die Verwaltung durch allerlei raffinierte Winkelzüge die Auszahlung verhindert.

Die Versammlung erklärte sich schließlich mit dem Vorschlag Streiklohn einverstanden, von der Verwaltung nochmals die Anerkennung des alten Tarifs zu verlangen, bei Ablehnung dieser Forderung aber die Schlichtungsinstanzen anzurufen.

## Soziales Entgegenkommen in der Goldleistenbranche!

Vom Deutschen Holzarbeiterverband wird und geschrieben:

Daß im Holzgewerbe allgemein die niedrigsten Löhne gezahlt werden, ist kein Geheimnis; den Gipfel erreichen aber die Arbeitgeber der Goldleisten- und Rahmenbranche. Die Erzeugnisse dieser Industrie werden ausnahmslos in das valutarische Ausland nach Goldrechnung abgesetzt, wogegen man den Arbeiter Papierlöhne zahlt. Aber wie hoch sind diese? 5 1/2 Millionen Mark pro Stunde für einen Facharbeiter über 22 Jahre. Ein brandenburger Arbeiter erhält sogar den städtischen Lohn von 1/2 Millionen Mark pro Stunde.

Der Holzarbeiterverband stellte den Antrag, diese niedrigen Sätze für die laufende Woche um 250 Proz. zu erhöhen und erhielt bei den Verhandlungen die Antwort: „Wir können keine Zugeständnisse machen, weil die geforderten Löhne über die Friedenslöhne hinausgehen, wir werden erst verhandeln, wenn andere Forderungen aufgestellt werden.“ In gerader Verbindung Art lehnen die Herrschaften auch jede Kontogehaltung ab. „Wir kennen die Notlage der Arbeiterschaft“, sagt ihr Wortführer, Herr Treidel aus Weihenstephan, „aber uns geht es auch schlecht.“

Nach diesem Verhalten sind die Verhandlungen gescheitert. Die Arbeiterschaft hat in den Betrieben das nunmehr zu entscheiden, ob sie gewillt ist, ihre Arbeitskraft weiterhin für 5 1/2 Millionen Mark an diese „sozialdenkende“ Gesellschaft zu verkaufen, oder die Herrschaften unter sich zu lassen.

Eines ist den Arbeitern aber anzurufen: Erkennt die drohende Gefahr, schützt Euch durch festes Zusammenstehen in den Organisationen, um solche Provokationen für immer zu beseitigen!

## Lohnbewegung der Lithographen und Stein-drucker.

Am 21. September waren die Spitzenführer des Lithographen- und Stein-druckergewerbes zusammengetreten, um die seit Anfang August unterbrochenen zentralen Lohnverhandlungen wieder aufzunehmen. Ueber die von den Gehilfen

vorgelegten Richtlinien für die zukünftigen Lohnverhandlungen, welche die Wertbeständigkeit der Löhne, soweit solche überhaupt möglich ist, garantieren sollten, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Verhandlungen am Montag schickerten an dem niedrigen Angebot der Unternehmer. Damit war nach dem Beschluß der beiderseitigen Organisationen der Weg für örtliche Verhandlungen gegeben. Die Unternehmer wollen aber unter Umständen die zentrale Lohnregelung wieder herstellen und riefen die Schlichtungsstelle des Reichsarbeitsministeriums an. Dieses tritt aber erst kommenden Dienstag zusammen. Um für die laufende Woche zu einem Lohnabschluß zu kommen, versuchte die örtliche Vermittlungsstelle der Gehilfen mit den Unternehmern zu verhandeln. Der Unternehmervertreter für Berlin erneuerte das bereits bei den zentralen Verhandlungen abgelehnte Angebot der Unternehmer, das die Gehilfen bei der von ihnen verlangten hochqualifizierten und verantwortungsvollen Tätigkeit im Lohn unter die Hilfsarbeiter gestellt hätte. Die örtliche Organisation hat den Schlichtungsausschuß angerufen. Die Unternehmer lehnen aber ein Erscheinen vor diesem ab mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Die Verhandlungen für die Angestellten des Buchhandels sind gescheitert. Die Arbeitgeber boten das 18fache Augustgehalt (Augustgehalt besteht aus 12 Juligehältern). Dieses Angebot ist eine Provokation. Vom Zentralverband der Angestellten ist der Schlichtungsausschuß angerufen. Am 30. September wird abgesehen der bereits geleisteten Zahlungen das 18fache Augustgehalt zunächst ausgezahlt.

Papier- und Pappenindustrie. Die Angestelltengehälter betragen für den Monat September das 13fache Augustgehalt. Die Auszahlung erfolgt sofort.

Konflikt in der Speditionsbranche. Mit dem Lokalverein Berliner Speditoren war ein Abkommen für den ganzen Monat September getroffen. Unter Bruch dieses Abkommens lehnen die Arbeitgeber es ab, den Index der letzten Woche anzuschlagen. Der Zentralverband der Angestellten hat die zuständigen Gerichte angerufen. Die Speditoren, die ihre Preise weit über Goldparität kalkulieren, weigern sich, ihren Angestellten das zum Lebensunterhalt Notwendige zu geben. Am Sonnabend soll lediglich ein 40prozentiger Zuschlag zu dem Tarifvertrag der letzten Woche ausgezahlt werden.

Brauereiangestellte! Mit dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgebung wurden für den Monat September die 22fachen Augustgehälter vereinbart.

Angestellte in der Getreideindustrie! Es werden sofort, spätestens bis zum 29. September, weitere zehn Augustgehälter a Konto September gezahlt.

Die Rezhiffer der Bankbeamtengehälter für die durch den Einigungsversuch des Reichsarbeitsministers festgesetzten Ausgangsgehälter der Bankbeamten ist in der Woche vom 24. zum 30. September auf 6,2 festgesetzt worden.

Der Mindestwochenlohn für Postere beträgt vom 22. bis 28. September 1 886 430 000 M. Wo vorher ein höherer Lohn als der Mindestlohn gezahlt wurde, erhöht sich derselbe um 87,2 Proz. Der Mindestwochenlohn für Sachmeister beträgt 1 881 000 000 M.

Die Löhne der Brunnenbauer betragen laut Schiedspruch ab 15.-21. September, für Brunnenbauer 13 200 000 M., für Vollermeister und Junggelehen 12 870 000 M., für Helfer 12 540 000 M. und Reueintretende 12 210 000 M. Ab 22. bis 28. September 1923 für Brunnenbauer 18 000 000 M., für Vollermeister und Junggelehen 17 550 000 M., für Helfer 17 100 000 M. und für Reueintretende 16 650 000 M.

Der Lohn für das Makergewerbe in Groß-Berlin beträgt vom 28. September bis 4. Oktober 30 Millionen pro Stunde.

Die Druckerunterstützung. Lohnregelung im Bergbau. Für die Woche vom 24. September bis 1. Oktober wurden die Löhne in den Kohlenbaubezirken durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß festgesetzt. Danach beträgt der Durchschnittslohn einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes im Ruhrkohlenbergbau 280, im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau 180, im sächsischen Steinkohlenbergbau 158 und in den Kernrevieren des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues 157,5 Millionen Mark je Schicht.

Der Lohnkampf in der bayerischen Textilindustrie. Die neuen Verhandlungen in der südbayerischen Textilindustrie sind wiederum gescheitert. Die Arbeitgeber lehnen ein Eingehen auf den Index ab. Es wurde wieder das Landeseinigungsamt zur Schlichtung angerufen.

Wörter und Konventionen der Antifaschistischen Gewerkschaften. Nächsten Sonntag vormittag 9 Uhr bei Brandenburg, Stolteberg Straße 3, Versammlung. Tagesordnung: 1. Gedächtnisrede zur Mitgliederversammlung am 7. Oktober und Ausbau der Forderungen. 2. Diskussion. 3. Bericht des Komitees. 4. Bericht des Zentralrates der Arbeitervereine der Bäder und Konventionen mit Mitgliedern der DSD. 5. Diskussion von Reueintreten in die Partei am Eingang.

Wegweiser Deutscher Beamtenbund. Ortsauswahl Berlin. Sonntag vormittag 10 Uhr im Kriegerdenkmal, Chausseestraße 94. Öffentliche Beamtensversammlung. Ueber Beamte, unterhält der Organisationsausschuß, hat Eintritt. Es werden die Führer der Beamtensbewegung Falkenberg, Händel und Dr. Müller über das Thema sprechen: „Wohin treiben wir? — Was tun wir?“

Verantwortlich für Text: Richard Bernheim; Wirtschaft: Kurt Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: E. Steiner; Kunst: Dr. John Schmitt; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glaser; Anstalt in Berlin. Verlag: Wanders-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Girara 1. Beilage.

**Zirkus Paris**  
Wer zum Essen von Spicis, Getränke usw sowie zur Bereitung von Remoussen oder zum Glacieren von Obst usw. Süßsäfte verwendet, Dergleichen - Billig - Befürwacht.  
Anstalt in Berlin, Organisationsamt und Gewerkschaften.

**URANIA**  
Tanzenstraße 45  
**Drei Filmvorträge**  
Oberingenieur Dreyer, Hannover  
**Der Ozeanfilm**  
Mit Schnellzug und Ozeandampfer von Berlin über Bremen nach New York. Ansteuern der Küste, Leuchtfeuer usw. Seemannshumor. Einlagen: Wissenschaftl. Trickfilme.  
Sonntag, den 30. Sept., 8 Uhr abends  
Montag, den 1. Okt., 8 1/2 Uhr abends  
Dienstag, den 2. Okt., 8 1/2 Uhr abends  
Vorverkauf an der Theaterkassa

**Deut. Künstler-Th.**  
Abendlied 7 1/2 Uhr: Der Fürst v. Pappenheim (Max Adalbert)  
Walthalla Theater Weingartenweg 19/20  
Tägl. 6 Uhr:  
**Die spanisch. Fliege**  
Rose-Theater  
7 1/2 Uhr: Dorischchen  
8 1/2 Uhr: Ein Mann aus dem Volke  
Winkelgarten  
Varieté-Programm  
Rauchen gestattet!  
Casino-Theater  
8 U. Die 8 U. neuen Reichen  
Reichshallen Th.  
Tägl. 11 1/2 U. u. Sonntag 3 U.  
Stettiner Sänger  
Th. a. Kottb. Tor  
Tägl. 7 1/2 Uhr u. Sonntag 9 1/2 Uhr  
ELITE-Sänger  
u. a.  
Das süße Mädel  
Quittungs-Marken  
seit 40 Jahren  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Besuchen Sie den europäischen  
**Barnum u. Bailey**  
Berlin SW., Ecke Belle-Alliance-Str. und Dreibrundstraße. — Linie 99.  
Täglich 7 1/2 Uhr: Die 42 Attraktionen 42  
Sonntag 3 und 7 1/2 Uhr.  
Kind. unt. 12 Jahr. nachm. halb. Preise.  
Täglich ab 10 Uhr ununterbrochen:  
**Raubtierschau.**  
Löwen, Eisbären, Braunbären, Elefanten, Wölfe, Kamele usw.  
Von 10-12 Uhr:  
**Große Dressurprobe**  
sowie eine Stunde vor Beginn und Sonntags von 10-12 Uhr vormittags: **Paradekonzert vor dem Zirkus.**  
Vorverkauf: H. Kaphun, Belle-Alliance-Str. 20, und ab 10 Uhr ununterbrochen an der Zirkuskasse. 38/16

**Bäckereigenossenschaft „Berlin“**  
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftung  
Sonntag, den 7. Oktober 1923, nachmittags 3 Uhr, im Rontor, Urbanstr. 70a:  
**Außerordentliche Generalversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht 2. Diskussionen  
3. Statutenänderung 4. Beschluß des Vorstandes.  
Der Vorstand, 1923/26  
Gustav Tromble, Wilh. Zimmermann.

**Berein der Berliner Buchdrucker u. Berein d. graph. Hilfsarbeiter**  
Dienstag, 2. Oktober, nachm. 5 1/2 Uhr, in der Buchdruckerei, Fildstraße 23:  
**Gemeinsame Generalversammlung der Buchdrucker- und Buchdruckereihilfsarbeiter-Funktionen.**  
Tagesordnung:  
Bericht über die Lohnverhandlungen.  
Robert Braun, Otto Gisth.

**Theater Lichtspiele**  
n.w.  
**Volksbühne**  
3. Vorst. 4. Jugendstücke  
7 1/2 Uhr: Und das Licht scheint in der Finsternis  
Theater i. d. Königsgrätz, Straße 5: Der Clown Gottes  
**Komödienhaus**  
8 Uhr:  
Mein Vetter Edward  
Lesing-Theater  
Heute bis Mont. 7 1/2 Uhr:  
Der Unbestechliche (Max Pallenberg)

# Hilfe für hungernde Volksgenossen!

## Ein Aufruf des Preussischen Staatsministeriums.

Mitbürger!

Weite Kreise unseres Volkes darben und entbehren. Die furchtbaren Nachwehen des Weltkrieges und der Ruhrbesetzung, Währungsverfall und Teuerung, lassen schwer auf uns. Die immer schneller zunehmende Verschlechterung des Ernährungszustandes unseres Volkes erfordert außergewöhnliche Maßnahmen. Zu dem bisherigen staatlichen Vorgehen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft muß jetzt, zu Beginn der kalten Jahreszeit, im gesamten Staatsbereich eine großzügige

Wir rufen die Bevölkerung Preussens in Stadt und Land auf, eine

### freiwillige Volksspeisungsabgabe

auf sich zu nehmen. Gebt schnell und gebt reichlich. Nur wer dem Hungernden sein Brot bricht, hat auch das Recht, im warmen Zimmer am gedeckten Tische sich zu sättigen. Das preussische Volk, in Opferwilligkeit und brüderlicher Solidarität von jeher bewährt, wird, des sind wir sicher, willig unserem Ruf folgen.

### Volksspeisungsaktion

hinzutreten. Oberster Grundsatz muß sein, unter allen Umständen jedem wirklich Darbenden und Bedürftigen, den Kernsten des Volkes und den Angehörigen des zugrundegehenden Mittelstandes zum mindesten täglich eine warme Mahlzeit zuzuführen.

Diese Absicht muß sofort in die Tat umgesetzt werden. Der Preussische Staat wird alle seine technischen Hilfsmittel mobilisieren und einsetzen, um in kürzester Zeit die Massenspeisungen in allen Städten und Gemeinden, in denen es erforderlich ist, durch die kommunalen Behörden und sonstigen gemeinnützigen Institutionen durchzuführen.

Zur Ergänzung der öffentlichen Mittel werden große Spenden der leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung in Stadt und Land an Geld und Lebensmitteln gebraucht. Jeder, dessen Herd noch warm, dessen Vorratskammer noch gefüllt ist, jeder, der die Seinen noch täglich sättigen kann, sollte dankbar sich dieser Bevorzugung bewußt sein und die zwingende Pflicht anerkennen, an die abzugeben, deren Gesundheit und Arbeitskraft vom Hunger untergraben wird. Er ermögliche es, insbesondere Kinder, Greise und werdende Mütter vor Entkräftung und Zermürbung zu schützen.

### Das Kehler Heimatmuseum.

Und zum Schluß in dem leuchtenden Kranz: Kehn, Rohrer und Böhlers. (Ed. Fontana.)

Wer von Werber aus an den Diavolshügeln, Haaf- und Wachtelberg, vorbei über Rhöden, Schmergow zu wandert, der stößt auf die Chaussee, die zur Kehler Fähre führt. Kehn, das Fontane in seinem Gebiet „Haveland“ erwähnt, ist nicht nur durch seine Aegaleen und seine Zuckerfabrik bekannt geworden, sondern den Verehrern der Wissenschaft hat es wertvolles Material geliefert, insbesondere denen der Geologie, Paläontologie und Prähistorie. Väterter hat Kehn ganz besonders wertvolles Material geliefert, denn hier wurden jahrelang in den Haveltonen die Hornorietalle, fein bearbeitete Werkzeuge aus dem Gestein des Elchs oder Rothfels, Harpunen, Fischspere, Angelhaken usw. jener Fischer- und Jägerwölfer, die einst hier wohnten, gefunden und denen man auch die Bildgruben bei Fernwerder zuschreibt.

Vorgeschichtlich spricht man von den ältesten Menschen Spuren in der Mark und sieht sie in die Ancycluszeit (etwa 8000 v. Chr., nach einer Schmelde Ancyclus fluvialis benannt, welche als Zeitspille für diese Zeit gilt; die Ofke war in dieser Periode ein Binnensee, durch Sandhebungen vom nördlichen Eismeer und der Nordsee getrennt). Lange Zeit hat man diese Gegenstände nicht beachtet und erst spät ihren wissenschaftlichen Wert erkannt. Einer von denen, die sich hierin betätigten, genannte Dinge der Nachwelt zu erhalten, ist Herr Pastor Schmidt in Kehn. Aber er sammelte nicht nur, sondern machte auch die gesammelten Gegenstände der Allgemeinheit wieder zugänglich durch Schaffung des Kehler Heimatmuseums. Und wer nach Kehn kam als Wanderer und nicht nur wanderte, um des Wanderns willen, sondern sich auch einmal mit der Frage: „Wie ist alles entstanden und warum ist es so?“, beschäftigte, der ging zu Pastor Schmidt ins Heimatmuseum. Und heute, da fast das alles verschwinden, nur weil angeblich keine Räume dazu vorhanden sind, soll eine der besten Sammlungen prähistorischen Anschauungs- und Unterrichtsmaterials der Not der Zeit geopfert werden. Gewiß, die Arbeiterklasse ist heute durch den Kampf um das Materielle, durch die Sorge um das tägliche Brot derartig in Anspruch genommen, daß sie für derartige Fragen wenig oder gar kein Interesse hat. Und die wenigen, die

heute in der Arbeiterschaft vorwärts streben, sind mit Arbeit derartig überlastet, daß ihnen keine Zeit bleibt, sich mit Museumsfragen zu beschäftigen. Aber dann sollte man zum mindesten, wenn man über derartige Fragen entscheidet, heute hinzuziehen, die von den Dingen eine Ahnung haben, die ihr Lebenswerk daran setzen, derartige Dinge der Nachwelt zu erhalten.

Wollen wir uns zunächst über den Zweck eines Heimatmuseums klar werden, dem sich ein Gang durch das Kehler Museum anschließt. Ein Museum dient der Konservierung, d. h. der Erhaltung und Aufbewahrungsmöglichkeit von Altertümern. Aber damit ist der Zweck eines Museums nicht erreicht, sondern das Wichtigste ist nun, daß die Sammlung weiten Volkstreffen zugänglich gemacht wird, denn das dort Ausgestellte wirkt ja, vorausgesetzt natürlich, daß die einzelnen Gebiete übersichtlich angeordnet und möglich ohne Führer jedermann verständlich sind, viel besser als Anschauungs- und Lehrmaterial, wie Wort und Schrift es können. Ein Heimatmuseum wie Kehn hat nun die Aufgabe, die besonderen Verhältnisse des Ortes und seiner Umgebung in Geschichte, Naturgeschichte usw. zu berücksichtigen. Eine dieser Besonderheiten Kehn's war schon eingangs genannt. Vorgeschichtlich sind aber noch andere bedeutende Funde vorhanden, die leider nicht alle in Folge Blähmangels ausgefüllt sind: Steinzeitliche Keramik, slawische Steileitgräber, alles Dinge, die andere Museen ziemlich spärlich aufweisen. Dann hat genanntes Museum für die Geologie, d. h. die Lehre von der Erdbildung und der Erdmasse, Wichtigkeit. Die Bohrmasse aus dem Phöbener Profil der ehemaligen Dietschischen Ziegelei gibt uns einen Einblick in den Aufbau der Erdschichten unserer Heimat. Erst in der Phöbener Tongrube haben wir Aufschluß erhalten, wieviel Eiszeiten und Zwischenzeiten über die Mark dahingegangen sind. Der Saß des Gelehrten Baud wurde bestätigt: Es hat mehrere Eiszeiten gegeben. — Die Paläontologie liefert uns hier eine Seitenreihe von Resten vorgeschichtlicher Tiere: den Abguss eines Niesenhirschenweibes aus dem zweiten Interplazial (Zwischeneiszeit). Das Original stammt aus der Dietschischen Tongrube und wurde der Geologischen Landesanstalt in Berlin überwiesen. Staunend steht jeder Besucher des Kehler Museums vor diesem gewaltigen Kopfschmelz, der etwa 3,80 Meter in der Auslage liegt. Welcher Körper von ungeheurer Größe muß dazu gehört haben, dieses Gewicht zu tragen. Nicht lange hat diese Wertwüdig-

keit im Tierreich dem Kampf ums Dasein trohen können und ist frühzeitig wieder zugrunde gegangen. — Erwähnenswert ist noch die Vogelsammlung, die einige selten gewordene Exemplare der märkischen Vogelwelt beherbergt. Alles aber zeugt von Liebe zur Sache wir haben hier das Lebenswerk eines Mannes vor uns, dem es daran liegt, der Nachwelt ein Stück Vergangenheit zu erhalten. Soll das nun alles aufhören, weil angeblich die Raumfrage nicht gelöst werden kann? Stößt man sich daran, weil es ein Diener der Kirche ist, der diese Arbeit leistet? Diese letzte Frage darf nicht entscheidend sein, sondern hier handelt es sich einfach darum, soll das Kehler Museum erhalten werden oder nicht.

An alle interessierten Kreise wird der Ruf gerichtet, sich für die Erhaltung des Museums mit allen Mitteln einzusetzen; besonders ergeht an den Magistrat in Kehn die dringende Mahnung, der Raumfrage näher zu treten und sich für die Unterbringung des Museums zu interessieren. Die Zeiten sind schwer, das Materielle beherrscht die Tagesereignisse und droht alles andere zu ersticken. Aber gerade deshalb gilt es zu zeigen, daß, wenn es heißt der Wissenschaft zu dienen, wir auch offene Arme haben und unseren Ruf als Kulturvolk zu wahren wissen.

### Gattenmordprozess Radow

#### Der Frauenmord im Grunewald.

Unter der schweren Anschuldigung des Mordes an seiner eigenen Frau hatte sich der Maschinenarbeiter Paul Radow vor dem Schwurgericht des Landgerichts III, dessen Vorsitz Landgerichtsdirektor Brennhausen führt, zu verantworten. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Straftat ist in ihren Einzelheiten außerordentlich grausig.

Am Tage vor Weihnachten 1922 wurde im Grunewald, zwischen Rembahn und Untergrundbahnhof Stadion, die Leiche der 1881 geborenen Ehefrau Radow aus der Wielandstr. 49 aufgefunden. Es entstand sofort der Verdacht, daß hier ein Verbrechen vorliege, denn die Leiche war im Gesicht durch mehrere Messerstiche stark verstümmelt. Der Verdacht lenkte sich auch sofort auf den Ehemann, der von seiner Frau geschieden, aber seit einigen Wochen wieder von dieser in ihre Wohnung aufgenommen worden war. Radow, zur Rede gestellt, wollte von dem Verbleib seiner Frau nichts wissen und behauptete, sie wäre am Morgen des 23. Dezember wie gewöhnlich zur Arbeit gegangen und nicht wiedergekommen. Er betrie sich auch darauf, daß er im Laufe des Tages mehrfach Nachforschungen nach dem Verbleib seiner Frau angestellt hätte und deswegen auch schon auf der Polizeiwache gewesen sei. Durch die wiederholten polizeilichen Vernehmungen in die Enge getrieben, gab Radow schließlich zu, seine Frau getötet zu haben. Er bestritt aber einen Mord und erzählte, daß er abends in den Grunewald gegangen sei, um einen Weihnachtsbaum zu holen. Seine Frau sei mitgekommen und habe ein Küchenmesser zum Abschneiden des Baumes mitgenommen, während er selbst zum Kauf einen Revolver in die Tasche gesteckt zu haben. Nach der Beauftragung des Angeklagten hätten sie im Grunewald, wie schon häufig, Streit bekommen; die Frau habe ihm mit dem Küchenmesser gedroht und er habe es ihr schließlich in seinem Zorn entwunden, ihr mehrere Stiche ins Gesicht versetzt und sie dann erwürgt. Die Anklage steht jedoch auf dem Standpunkt, daß es sich um einen vorsätzlich begangenen, kaltblütig ausgeführten Mord handelt.

Bei seiner verantwortlichen Vernehmung äußerte sich der Angeklagte über die Vorgänge vor der Tat sehr ausführlich. Er habe im Walde mit seiner Frau Streit bekommen und auf sie mit dem Revolver geschossen oder sie geschlagen. Was geschehen ist, wisse er nicht mehr. Auch am nächsten Tage will der Angeklagte nicht gemerkt haben, daß seine Frau tot sei. Ich ahnte nur, sagte er, daß ihr etwas passiert sei. — Vorl.: Nämlich, daß Sie sie umgebracht haben. — Angekl.: Das nicht. — Staatsanwaltstaatsrat Parisius verweist darauf, daß der Angeklagte früher über die Tat eine eingehende Schilderung gegeben hat, so daß es unerklärlich sei, daß er sich heute an nichts mehr erinnere. Der Angeklagte erwidert, daß er damals ganz zusammengebrochen sei und auf der Polizei alles, was man ihm vorgehalten hätte, zugegeben habe. Einiges habe er aus Angst dazu erfunden. — Die Zeugin Frau Klein, die Schwester der Ermordeten, stellt dem Angeklagten ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Ihre Schwester habe viel durch ihn leiden müssen und der Angeklagte habe seiner Frau mehrfach gedroht, er werde sie um die Ecke bringen. Verschiedentlich habe er sie nachts ausgesperrt und auch mißhandelt. Schon in den ersten Jahren der Ehe habe Radow zweimal versucht, seine Frau und sie, die Zeugin, durch Aufdrehen der Gas- hähne zu vergiften. — Ein heftiger Ton kam in die ernste Verhandlung bei der Vernehmung der geschiedenen Frau v. Coburg, die sich als Zeugin dafür gemeldet hatte, daß

### Das Verbrechen der Elise Seidler.

Novelle von Hermann Kesser.

An einem Sommerlag kam es freilich dazu, daß in den Geschwistern die Erinnerungen an den Bertlgenfelder Friedhof schön und farbig aufleben konnten. Man feierte das hundertundfünfzigjährige Jubiläum der Bertlgenfelder Bauernschlacht, und der Vater war in seiner Paradeuniform mit den Kindern hinausgefahren, um das Schauspiel zu sehen. Außerhalb der Friedhofsmauer standen die Kinder mit ihm in dem hohen Wagen, von dem aus der Vorgang gut zu überschauen war, und erblickten auch bald inmitten der mehrenden Bannerseite bekränzter Fahnen ein Häuflein würdiger alter Leute, das vor dem Denkmal positiert war. Unter ihnen war auch ihre Elise, die unter den direkten Nachkommen der Helden von Bertlgenfeld ihren Platz hatte und von einem jungen Prinzen des königlichen Hauses, wie alle die Älteren, eine silberne Medaille an die Brust gesteckt bekam, wobei sie eine demütige Verbeugung zu machen hatte. Es war ein großer Lärm von Reden, Kanonenschüssen und schmetternder Blechmusik. Die Blumen auf den Grabhügeln waren durch Hunderte von begeisterten Füßen zerstampft, als am Schluß, nachdem sich die Menge zerstreut hatte, der Oberst, von Elise geführt, mit den Kindern den Gottesacker betrat. Er wünschte das Grab ihrer Eltern zu sehen, und Elise ging gesenkten Hauptes voraus, wies dann nach einem schwarzen Holzkreuz auf einem kleinen von Geranien umfriedeten Hügel, darin eine neue schwarze Tafel schräg in die Erde gesteckt war. Und als der Oberst die Inschrift las, brach die alte Frau schluchzend zusammen und küßte ihm ein halbangesenes Kleidchen dabei stand, wußte nicht, wie sie sich das Geschehnis zusammenreimen sollte, und der Vater, der sonst kaum über Elise sprach, sagte, nachdem sie wieder allein waren: „Sie hat ein schweres Leben gehabt.“

Es begab sich nicht häufig, daß Gertrud in solchen Betrachtungen über Elise verweilte. Sie ließ sich von ihr wie von einem anhänglichen Tier umhengen und dachte nicht weiter darüber nach, wie es einmal werden sollte, wenn die Dienerin die Augen schloß. Nach dem Tode des Vaters war davon die Rede gewesen, Elise in einer städtischen Verfor-

gungsanstalt unterzubringen, aber die hatte sich gegen das Gnadenbrot in der Gesellschaft neidischer und zänkischer Prindner gewehrt; der Vormund aber ließ dann den Plan um so bereitwilliger fallen, als auch, wie er berichtete, ein anderer, heiliger Grund, den er nicht nennen könne, das Vorhaben erschwere.

Nun lebte die Alte seit bald fünf Jahren mit den Geschwistern in dem stillen Hause zusammen, umhüllt sie mit einer Fürsorge, die jedes Verhältnis, wie es zwischen Dienboten und einer Herrschaft besteht, aufhob, wurde ins Vertrauen gezogen, wann immer es etwas zu beraten gab, genos das beschiedene Glück der Unentbehrlichkeit und fiel trotz mancher Laune nie zur Last.

Gertrud sah sich um.

Die Sonne war höher gestiegen und zitterte in der klaren Luft, der Bach lärmte lauter, von den Häusern am Hügel stieg der Rauch kerzengerade empor, auf der Uhr des Kirchturms rüdte der Zeiger auf die zehnte Stunde zu. Aus dem Wäldchen am Ufer drangen Stimmen und das Geräusch von Sägen und Hacken. Holznechte waren dort daran, angeschwemmte Bäume aus dem Gestrüpp zu lösen, die das Hochwasser vom März an die Ufer getrieben hatte. Dies war für die Bertlgenfelder eine Woche voll Aufruhr und Angst gewesen, denn der Bach, der im Hochsommer oft nur wie ein dünner schaumiger Streifen aus dem nahen Gebirge kam, war ausgetreten, und die Hüften am Fluß standen bis an die Fenstergeimse im grauen Wasser. Das Sohrische Landhaus, wo der Bach tief und verschluckt dahinströmte, war zwar heil geblieben und nicht bedroht. Gleichwohl aber hatten die Geschwister, bis sich die Wasser wieder verließen, einen Gasthof in der Stadt bezogen; Gertrud konnte sich allabendlich in einem weiten, von glühenden Kronleuchtern erhellen Saal aufhalten und hatte auch dreimal getanzt.

Das war jetzt vorbei. Alles war ruhig geworden, grün und hell und auch sonnig. Aber es geschah nichts in dieser hellgrünen Sommigkeit.

Drinne im Haus erklang wieder die Geschäftigkeit Elsens und der von ihr befeuerten Magd. Sie machten sich an den Fenstern zu schaffen, die aus den Angeln gehoben und hinterm Haus abgewaschen wurden.

Gertrud träumte sich in ihr Buch und in eine bewegte Erzählung von abenteuernden und liebenden Menschen hinein.

Es traf sich, daß am Nachmittag desselben Tages eine alte Freundin der Familie, von den Geschwistern lobend Tante geheizen, in Bertlgenfeld ihre Aufmerksamkeit machte und Gertrud bis zum Abend hinhielt. Tante Julie, ein armes adeliges Fräulein, eine Beamtentochter, die ledig geblieben war und sich mit Sprachstunden durchhalf, galt allenthalben als ein verschrobenes Menschenkind. Sie lebte, seitdem in ihrem eigenen verstandenen Dasein nichts mehr zu erledigen war, für das Schicksal der anderen, und brachte denn auch in dem weise Haus und zu dem jungen Mädchen ihren großen Vorrat von Teilnahme und Besorgnis mit, den sie in ihrer umständlichen Art vor sich hinbreitete, wobei sie sich auf die Liebe zu Gertruds verstorbenen Eltern berief, die, verschönert und ins Große gesteigert, in allen ihren Ratschlägen, Belehrungen und Aufklärungen wiederkehrten.

Elise sah bald, wie heute der verrottete Mund des alten Fräuleins eifrig auf das heiße und rote Gesicht Gertruds einsprach und wie das Mädchen zusehends ernster wurde. Was da verhandelt wurde, vermochte sie, während sie hin und wieder nach der Gartenlaube Ausschau hielt, wohl zu ahnen. Erstreckte sich doch die Mitleidigkeit des alten Fräuleins auch auf die alte Dienerin des Hauses, die ihrer Besorgtheit um Gertrud häufig Auskunft erteilen mußte und darum auch im Vertrauen erfuhr, daß das alte Fräulein dem müßigen Tag des „Kindes“, wie sie sich ausdrückte, nicht ohne Einwürfe zuseh und ihm eine Tätigkeit wünschte, damit der „Unrat von bösen Gedanken, der in jungen und unbeschäftigten Mädchentöpfen von selber blühe, ohne daß er mit Wasser beneht werde“ nicht aufwache. Das war die Ursache, warum auch heute das Fräulein wieder mit einem Vorschlag kam, den sie sich schon längst zurechtgelegt hatte und dem schlecht verhehlten Widerstreben des Mädchens diesmal schonungslos anpries. Indes sich die warme Sonne immer tiefer auf den Waldbrand herabsenkte und Gertrud gerade im Schatten der Uferbäume einen heiteren Zug von trabenden Reitern und Reiterinnen erblickte, die sich auf dem Rasenweg an der Seite der Straße hoch und vergnügt im Sattel hoben, malte ihr die alte Dame das Bild von einer eintönigen Flucht weißgeputzter Anstaltsfale, in denen Gertrud, einen schwarzen Stoffgürtel um ein grünes Uniformkleid, als Lehrerin vor kleinen Kindern stehen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

